

 **Kommission Strukturelle Massnahmen**

***Zwischenbericht***  
***Sparmassnahmen Voranschlag 2005***

Junisession 2004

## Zusammenfassung

Die parlamentarische Kommission *Strukturelle Massnahmen* wurde vom Grossen Rat im November 2003 im Anschluss an die Beratung über den Voranschlag 2004 ernannt. Sie sollte die nötigen Sparmassnahmen hinsichtlich eines ausgeglichenen Finanzhaushalts ab 2005 aufzeigen, wie er vom verfassungsmässigen Grundsatz der doppelten Ausgaben- und Schuldenbremse vorgeschrieben wird.

Entgegen der üblichen Vorgehensweise und entgegen der Praxis in anderen Kantonen konnte sich die Kommission nicht auf einen Entwurf des Staatsrates stützen. Um lineare Kürzungen möglichst zu vermeiden, prüfte die Kommission sämtliche Leistungen des Staates und deren Kosten aufgrund von Fragebögen, die von den Dienststellen ausgefüllt wurden. Zudem konnte sie sich auf eine vom Finanzinspektorat durchgeführte Subventionsanalyse stützen. Die Kommission kam überdies mehrmals mit den Mitgliedern der Regierungen und den meisten Dienstchefs zusammen.

Aufgrund der im Laufe des ersten Quartals 2004 durchgeführten Untersuchungen formuliert die Kommission im vorliegenden Bericht zahlreiche Sparvorschläge. Diese Vorschläge sollen in den Entwurf des Voranschlags 2005 einfließen, den der Staatsrat dem Grossen Rat im November 2004 unterbreiten wird. Falls der Staatsrat gewisse Vorschläge des vorliegenden Berichts aus berechtigten Gründen nicht umsetzen sollte, muss er diese durch andere Massnahmen gleicher Art kompensieren. In jedem Fall muss der Entwurf des Voranschlags 2005 ohne Kunstgriffe ausgeglichen sein und dem verfassungsmässigen Grundsatz der doppelten Ausgaben- und Schuldenbremse genügen. Ein zweiter Bericht wird sich im Herbst 2004 mit den strukturellen Massnahmen für das Jahr 2006 und folgende befassen.

Folgende Leitgedanken prägen den ersten Bericht der Kommission *Strukturelle Massnahmen*:

- **Aufgrund des gegenwärtigen Wissensstandes der Kommission muss 2005 von einem Finanzierungsfehlbetrag des Staates Wallis von 123.1 Mio. Franken ausgegangen werden.** Diese Schätzung trägt namentlich den Rückstellungen von 30 Millionen Franken für die Sanierung der Pensionskassen des Staates Wallis Rechnung. Zudem wird die Tatsache berücksichtigt, dass ohne spezifische Massnahmen vor allem der Personalaufwand, der Sachaufwand und die Subventionen wie in den vergangenen Jahren weiter ansteigen werden.
- Die Sanierungsmassnahmen lassen sich in folgende Prioritäten unterteilen:
  - Priorität 1: Reduktion der Ausgaben der Laufenden Rechnung - 70 Millionen Franken**
    - Beschränkung der Zunahme des Personalaufwands auf 1% (von 537.6 Mio. auf 543 Mio.)
    - Reduktion des Sachaufwands um rund 8% (von 186.3 Mio. auf 171.6 Mio.)
    - Beschränkung der Zunahme der Beiträge ohne Investitionscharakter auf rund 1.5% (von 841.2 Mio. auf 855.6 Mio.)
  - Priorität 2: Reduktion der Investitionen - 31 Millionen Franken**
    - Reduktion der Nettoinvestitionen um rund 20% (von 155.8 Mio. auf 125 Mio.)
    - Anpassung des Investitionsvolumens an die Lage der Kantonsfinanzen
    - Zwischen den eigenen Investitionen und den Investitionen Dritter gleichmässig aufgeteilte Reduktionen
  - Priorität 3: Neue Einnahmen - 22 Millionen Franken**
    - Anpassung der Steuerwerte an die Katastertaxen für einen Zeitraum von 2 Jahren: +11 Mio.
    - Erhöhung der Steuerproduktivität durch die an klare Bedingungen geknüpfte Anstellung von zusätzlichen Steuerexperten und Einschätzern bei der Steuerverwaltung: +5 Mio. (netto)
    - Moderate Gebührenerhöhung: +3.1 Mio. (davon 0.6 Mio. netto bei der Dienststelle für Strassenverkehr, durch die an klare Bedingungen geknüpfte Anstellung von zusätzlichen Experten)
    - Zunahme der Einnahmen um rund 2.5% (von 2'103.6 Mio. auf 2'157.2 Mio.)

Diese drei Prioritäten sind für die Kommission untrennbar und komplementär: sie bilden eine ausgewogene und vernünftige Einheit.

Eine ausgeglichene Staatsrechnung ist möglich; diese zu erreichen, ist eine Frage des politischen Willens.

## Inhaltsverzeichnis

1. Ursprung und Mandat der Kommission <i>Strukturelle Massnahmen</i>	
1.1 Beratung des Grossen Rates über den Entwurf des Voranschlags 2004 – Novembersession 2003	S. 6
1.2 Beschluss des Büros des Grossen Rates - Sitzung vom Dienstag, 11. November 2003	S. 6
1.3 Beratung des Grossen Rates über den Entwurf des Voranschlags 2004 - Dezember 2003	S. 7
1.4 Information des Staatsrates	S. 7
2. Mitglieder und Organisation der Kommission	
2.1 Mitglieder der Kommission	S. 8
2.2 Organisation der Kommission	S. 8
3. Sitzungen der Kommission	
3.1 Sitzung vom 18. Dezember 2003	S. 9
3.2 Sitzung vom 20. Januar 2003	S. 9
3.3 Sitzung vom 20. Februar 2004	S. 10
3.4 Sitzungen vom 11. und 12. März 2004	S. 10
3.5 Sitzung vom 17. März 2004	S. 11
3.6 Sitzungen vom 25. und 26. März 2004	S. 11
3.7 Sitzung vom 9. April 2004	S. 12
3.8 Sitzung vom 23. April 2004	S. 12
3.9 Sitzung vom 12. Mai 2004	S. 12
3.10 Sitzung vom 18. Mai 2004	S. 12
4. Arbeitsweise	
4.1 Ausgangslage	S. 13
4.2 Gewählte Methode: Fragebögen an die Dienststellen und Prüfung der Subventionen	S. 13
4.3 Inventar der Produkte und Leistungen	S. 14
4.4 Inventar der Subventionen	S. 15
4.5 Anhörung des Staatsrates, der Departementsvorsteher und Dienstchefs	S. 16
4.6 Zahlenmässiges Sparziel	S. 17
5. Sparprogramme der Kantone	S. 18
6. Sparziele der Kommission	
6.1 Rechtlicher Rahmen (doppelte Ausgaben- und Schuldenbremse)	S. 20
6.2 Finanzperspektiven des Staatsrates	S. 20

6.3 Finanzperspektiven der Kommission für 2005	S. 22
6.4 Ziele der Kommission	S. 24
6.5 Finanzperspektiven für 2006 und folgende Jahre	S. 25
7. Sparvorschläge der Departemente und Dienststellen	S. 26
8. Sparvorschläge der Kommission	
8.1 Einleitung	S. 26
8.2 Gesetzgebende Gewalt	S. 27
8.3 Richterliche Behörde und Staatsanwaltschaft	S. 27
8.4 Vollziehende Gewalt (Staatsrat)	S. 28
8.5 Staatsratsdienste	S. 28
8.6 Departement für Finanzen, Landwirtschaft und äussere Angelegenheiten	S. 30
8.7 Departement für Gesundheit, Sozialwesen und Energie	S. 39
8.8 Departement für Erziehung, Kultur und Sport	S. 44
8.9 Departement für Volkswirtschaft, Institutionen und Sicherheit	S. 50
8.10 Departement für Verkehr, Bau und Umwelt	S. 58
8.11 Allgemeine Massnahmen zur Erreichung des Ziels	S. 63
8.12 Zusammenfassung	S. 65
8.13 Parlamentarische Verlaufskontrolle	S. 66
9. Schlussfolgerungen	S. 66
10. Fortsetzung der Arbeiten der Kommission	
10.1 Zweiter Bericht der Kommission	S. 69
10.2 Erste strukturelle Stossrichtungen	S. 69

Beilage 1: Präsenz der Kommissionsmitglieder

Beilage 2: Beispiel Fragebogen an die Dienststellen (Aufschlüsselung des Voranschlags 2004 nach Leistungen, Entwicklung der Ausgaben, Personalentwicklung – Dokumente des Parlamentsdienstes)

Beilage 3: Subventionsstatistik nach Kategorien, Vorschläge für eventuelle Kürzungen von Subventionen (Dokumente des Finanzinspektorats)

Beilage 4: Finanzperspektiven 2005: Zusammenfassende Übersicht über die Variante der Kommission

## **1. Ursprung und Mandat der Kommission *Strukturelle Massnahmen***

### **1.1 Beratung des Grossen Rates über den Entwurf des Voranschlags 2004 - Novembersession 2003**

Der Voranschlag 2004 kann als eigentliche „Zangengeburt“ bezeichnet werden!

In der Sitzung des Grossen Rates vom Mittwoch, 5. November 2003, liess die DC-Gruppe Unterwallis durch ihren Präsidenten verlauten:

*„Wir müssen uns auf das Wesentliche besinnen und dem Dienst an der Bevölkerung Vorrang einräumen. Die Verwaltung ist auf ein striktes Minimum zu reduzieren. Wir müssen die Leistungen, die Subventionen, ihre Zweckmässigkeit, ihre Berechtigung und ihre Wirksamkeit prüfen. Wir müssen uns mit den Beamten und den Dienstchefs zusammensetzen, um Informationen aus erster Hand zu erhalten, die uns eine Verbesserung der Funktionsweise des Staates erlauben...Wir müssen handeln und die Umsetzung der strukturellen Massnahmen, die im Parlament schon seit langem diskutiert und grundsätzlich von allen befürwortet werden, anpacken.*

*Zürich, Bern, Aargau und Graubünden haben sich mit Erfolg an diese Aufgabe gemacht. Wir schlagen deshalb vor - und das wird eine wichtige Bedingung während der ganzen Woche sein - dass die Finanzkommission ausdrücklich mit der Umsetzung der Reform- und Restrukturierungsschwerpunkte betraut wird. Wir fordern, dass der entsprechende Bericht im April 2004 unterbreitet wird, um die Richtlinie für den Voranschlag 2005 vorzugeben.“* (Übersetzung)

Andere politische Gruppen schlugen in die gleiche Kerbe, namentlich was die unabdingbare Umsetzung der strukturellen Sparmassnahmen vor dem Hintergrund der Anwendung des Verfassungsgrundsatzes der doppelten Ausgaben- und Schuldenbremse anbelangt.

Der Staatsrat schlug daraufhin vor, die Schlussberatung über den Entwurf des Voranschlags 2004 auf die Dezembersession 2003 zu verschieben. Dieser Entscheid wurde von sämtlichen politischen Gruppen begrüsst.

Da der Vorschlag der DC-Gruppe Unterwallis oppositionslos angenommen wurde, erhielt das Büro des Grossen Rates den Auftrag, eine mit der Analyse und der Unterbreitung von Vorschlägen für strukturelle Reformen betraute Kommission zu bezeichnen.

### **1.2 Beschluss des Büros des Grossen Rates - Sitzung vom Dienstag, 11. November 2003**

Der Präsident des Grossen Rates informierte das Büro des Grossen Rates anlässlich seiner Sitzung vom 11. November 2003 darüber, dass es die Finanzkommission (FIKO) abgelehnt habe, Stossrichtungen für strukturelle Reformen zu prüfen, wie dies Grossrat Maurice Tornay im Namen der DC-Gruppe Unterwallis vorgeschlagen hatte.

Die FIKO war der Ansicht, dass die vorgeschlagenen Arbeiten Sache der Regierung seien und diese die Stossrichtungen dieser konkreten Vorschläge erarbeiten müsse. Zudem war es der FIKO ein Anliegen, ihre Oberaufsichtsfunktion und ihre Unabhängigkeit in der Ausübung ihres Mandats zu wahren. Die FIKO sprach sich schliesslich für die Ernennung einer Spezialkommission aus, in die sie einige ihrer Mitglieder delegieren könne.

Auf Antrag des unterzeichneten Berichterstatters französischer Sprache wurde daraufhin eine Spezialkommission *Strukturelle Massnahmen* gebildet, in der die acht Fraktionspräsident(inn)en, drei Mitglieder der FIKO und zwei Mitglieder der GPK vertreten sind. Als Präsident der Kommission wurde Grossrat Grégoire Luyet und als Vizepräsident Grossrat Christian Venetz benannt.

Die Kommission *Strukturelle Massnahmen* erhielt vom Büro des Grossen Rates den Auftrag, strukturelle Sparmassnahmen aufzuzeigen und sämtliche Subventionen zu prüfen.

### **1.3 Beratung des Grossen Rates über den Entwurf des Voranschlags 2004 - Dezember 2003**

Zu Beginn der Schlussdebatte über den Voranschlag 2004 informierte der Präsident des Grossen Rates das Parlament offiziell über die Ernennung der mit der Analyse und der Unterbreitung von Vorschlägen für strukturelle Reformen betrauten Kommission. Im Anschluss an diese Information forderte Grossrat Maurice Tornay im Namen der DC-Gruppe Unterwallis vom Staatsrat eine Ehrenerklärung, wonach sich die Regierung verpflichtet:

- mit der Kommission zusammenzuarbeiten
- die Verwaltung ebenfalls zur Zusammenarbeit mit der Kommission anzuhalten.

Im Namen der Regierung sicherte Staatsrat Wilhelm Schnyder der Kommission seine uneingeschränkte Zusammenarbeit zu. Zudem bestätigte der Staatsrat mittels Schreiben vom 10. Dezember 2003, dass er beschlossen habe, Artikel 130 GORBG im Rahmen der Arbeiten der Kommission *Strukturelle Massnahmen* zur Anwendung zu bringen, der es ihr erlaubt:

- zu verlangen, dass der Staatsrat die Dossiers herausgibt und in alle Dossiers Einsicht gibt
- jeden Beamten der kantonalen Verwaltung anzuhören
- vom Finanzinspektorat die für die Ausführung ihrer Aufgaben notwendigen Auskünfte zu verlangen.

Der Wille des Staatsrates, der Kommission optimale Arbeitsbedingungen zu bieten, wurde zudem durch Staatsratspräsident Jean-Jacques Rey-Bellet am 18. Dezember 2003 anlässlich der ersten Kommissionssitzung bekräftigt.

### **1.4 Information des Staatsrates**

Im Rahmen der Zusammenarbeit wurde der Staatsrat von der Kommission während der ersten Phase der Arbeiten regelmässig zu ihren Sitzungen eingeladen (Phase der Informationsbeschaffung). In der zweiten Phase (Entscheidphase) tagte die Kommission hinter verschlossenen Türen (siehe Punkt 3 - Sitzungen der Kommission).

Der Bericht der Kommission wurde dem Staatsrat am Dienstag, 18. Mai 2004, unterbreitet.

## 2. Mitglieder und Organisation der Kommission

### 2.1 Mitglieder der Kommission

Die Kommission *Strukturelle Massnahmen* ist wie folgt zusammengesetzt:

**Grégoire Luyet**, Präsident der DC-Fraktion Mittelwallis (PDCC), Präsident \*

**Christian Venetz**, Präsident der FDPO-Fraktion, Vizepräsident \*

**Beat Abgottspon**, Präsident der CVPO-Fraktion, Berichterstatter deutscher Sprache \*

**Maurice Tornay**, Präsident der DC-Fraktion Unterwallis (PDCB), Berichterstatter französischer Sprache \*

**Yves Ecoeur**, Präsident der sozialistischen Fraktion Unterwallis (PSVR) \*

**Albert Arlettaz**, in Vertretung des Präsidenten der radikalen Fraktion Unterwallis (PRDV)

**Pierre-Olivier Bourban**, PRDV, Delegierter der Geschäftsprüfungskommission

**Norbert Brenner**, CSPO, Delegierter der Finanzkommission

**Thomas Brunner**, in Vertretung des Präsidenten der CSPO-Fraktion

**Susanne Hugo-Lötscher**, Präsidentin der SPO-Fraktion

**Daniel Pignat**, PDCB, Delegierter der Finanzkommission

**Jean Rossier**, PDCC, Delegierter der Geschäftsprüfungskommission

**Gilbert Tornare**, PRDV, Delegierter der Finanzkommission.

\* : Mitglieder des Büros der Kommission

In Anwendung des Gesetzes über die Organisation der Räte und die Beziehungen zwischen den Gewalten (GORBG) und des Reglements des Grossen Rates (RGR) unterzeichneten die Kommissionsmitglieder sowie die Mitglieder des Kommissionssekretariates eine Erklärung, in der sie sich zur uneingeschränkten Einhaltung des Amtsgeheimnisses über alle tatsächlichen und rechtlichen Umstände, von denen sie in Ausübung ihres Mandates und ihrer Funktion Kenntnis erhalten haben, ausser gegenüber den übrigen Kommissionsmitgliedern, verpflichten. Die Kommissionsmitglieder bleiben auch nach Beendigung ihres Mandates an das Amtsgeheimnis gebunden, es sei denn, sie werden persönlich und rechtmässig davon entbunden.

### 2.2 Organisation der Kommission

Die Kommission *Strukturelle Massnahmen* verzichtete auf die Bildung von Subkommissionen.

Die Kommission trat insgesamt 16-mal zusammen (7 ganztägige Sitzungen, 7 halbtägige Sitzungen und 2 Abendsitzungen). Zwei dieser Sitzungen waren der Anhörung von Walliser Persönlichkeiten gewidmet, die bei der Bundesverwaltung tätig sind.

Mit Ausnahme der Extramuros-Sitzungen vom 11. und 12. März 2004 in Uvrier und vom 25. und 26. März 2004 in Saas-Fee trat die Kommission in Sitten zusammen. Für jede Kommissionssitzung wurden den Mitgliedern eine Einladung, eine Tagesordnung und Arbeitsunterlagen per Post oder E-Mail zugestellt. Im Allgemeinen kann die Präsenz an den Kommissionssitzungen als sehr gut bezeichnet werden (siehe Beilage 1).

Zur Vorbereitung der Plenarsitzungen oder zur Behandlung anderer Aspekte im Zusammenhang mit der Kommissionsarbeit bezeichnete die Kommission ein fünfköpfiges Büro. Dieses Büro hatte allerdings keine weiteren Befugnisse und sämtliche Beschlüsse wurden von der Kommission in corpore gefasst. Das Büro trat 6-mal zusammen. Es kam am 10. und 13. Februar - vor den Anhörungen der Dienstchefs - mit den Departementsvorstehern sowie mit dem Präsidenten des Verwaltungsrates des Walliser Gesundheitsnetzes zusammen. Bei dieser Gelegenheit wurden die vorhandenen Sparmöglichkeiten innerhalb der verschiedenen Departemente und beim Staat Wallis allgemein erörtert.

Das Sekretariat der Kommission wurde für sämtliche Sitzungen von Claude Bumann, Chef des Parlamentsdienstes, und Xavier Bertelto, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Zentrum für Verwaltungsmanagement, wahrgenommen.

### 3. Sitzungen der Kommission

#### 3.1 Sitzung vom 18. Dezember 2003

<i>Ort:</i>	Sitten
<i>Staatsvertreter:</i>	J.-J. Rey-Bellet, Präsident des Staatsrates; W. Schnyder, Vorsteher des Departements für Finanzen, Landwirtschaft und äussere Angelegenheiten, H. von Roten, Staatskanzler
<i>Sitzungsziele:</i>	Organisation der Kommission (Ernennung der Büromitglieder, Unterstützung der Kommission) Organisation der Kommissionsarbeiten, Arbeitsweise Zeitplan
<i>Sitzungsunterlagen:</i>	Verschiedene vom Vorsteher des Finanzdepartements ausgehändigte Unterlagen (Aufteilung der Einnahmen und der Ausgaben; Entwicklung der Rechnung, funktionelle Gliederung, Liste der Subventionen, Entwicklung des Personalbestands, Überlegungen zu einer strategischen Analyse der Leistungen der Kantonsverwaltung)

#### 3.2 Sitzung vom 20. Januar 2004

<i>Ort:</i>	Sitten
<i>Staatsvertreter:</i>	J.-J. Rey-Bellet; W. Schnyder; J.-P. Zufferey, Vizekanzler; P. Bonvin, Chef der kantonalen Finanzverwaltung
<i>Sitzungsziele:</i>	Bestätigung der Vorgehensweise „Aufschlüsselung nach Leistungen“, Validierung der Fragebögen für die Dienststellen, Subventionsprüfung Präsentation der Finanzperspektiven 2005 - 2007 (Stand : 15. Januar 2004)
<i>Sitzungsunterlagen:</i>	Entwürfe der Fragebögen für die Dienststellen (Kostenentwicklung und Personalentwicklung, leistungsabhängige Aufteilung des Budgets 2004) Zusammenfassung der Finanzplanung 2005 - 2007; Rekapitulation der Auswirkungen des Entlastungsprogramms des Bundes für den

## Kanton Wallis

### 3.3 Sitzung vom 20. Februar 2004

<i>Ort:</i>	Sitten
<i>Staatsvertreter:</i>	J.-J. Rey-Bellet; W. Schnyder; H. von Roten C. Melly, Chef des kantonalen Finanzinspektorats; M. Roten, C. Moix, Sektionschefs beim kantonalen Finanzinspektorat
<i>Sitzungsziele:</i>	Vorstellung der vom kantonalen Finanzinspektorat durchgeführten Subventionsprüfung (Liste der von sämtlichen Dienststellen gewährten Subventionen, Subventionsarten, Beträge, Befugnisse) Vorstellung der von den Dienststellen ausgefüllten Fragebögen (Kostenentwicklung und Personalentwicklung, Ausweisung der Leistungen und ihrer Kosten, Sparvorschläge) Bestimmung allfälliger Zusatzinformationen, die von den Dienststellen verlangt werden müssen Kurze Vorstellung der Sparprogramme anderer Kantone
<i>Sitzungsunterlagen:</i>	Vom Finanzinspektorat durchgeführte Subventionsprüfung Von den Dienststellen ausgefüllte Fragebögen Nach Dienststellen gegliederte Zusammenfassung

### 3.4 Sitzungen vom 11. und 12. März 2004

<i>Ort:</i>	Uvrier
<i>Staatsvertreter:</i>	DEKS: C. Roch, Departementsvorsteher; J. Darioly, Chef des Verwaltungs- und Rechtsdienst des Departements (VRD); A. Duc, Adjunkt VRD und Verantwortlicher für das Controlling des Departements; J.-F. Lovey, Chef der Dienststelle für Unterrichtswesen; S. Imboden, Chef der Dienststelle für Berufsbildung; S. Bumann, Chef der Dienststelle für tertiäre Bildung; W. Schnyder, Chef der Dienststelle für die Jugend; M.-C. Morand, Direktorin der Kantonsmuseen; K. Salzgeber, Kulturbeauftragter; G. Fournier, Delegierter für Universitätsfragen DFLA: W. Schnyder, Departementsvorsteher; P. Bonvin, Chef der kantonalen Finanzverwaltung; G. Salamin, Chef der Steuerverwaltung; F. Michlig, Chef der Dienststelle für Personal und Organisation (DPO); G. Briand, Adjunkt DPO; P. Spoerri, Chef der Dienststelle für Aussenangelegenheiten und Wirtschaftsrecht; B. Pitteloud, Delegierte für grenzüberschreitende und europäische Fragen; G. Dayer, Chef der Dienststelle für Landwirtschaft (KDL); J. Denis, administrativer Adjunkt KDL DVIS: J.-R. Fournier, Departementsvorsteher; P.-J. Udry, Chef der Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt; F. Seppey, Chef der Dienststelle für Tourismus und Regionalentwicklung; M. Dini, Chef der Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit; F. Gianadda, Chefin der Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle; B. Geiger, Kommandant der Kantonspolizei DGSE: T. Burgener, Departementsvorsteher; G. Dupuis, Chef der Dienststelle für Gesundheitswesen; S. Darioli, Chef der Dienststelle für Sozialwesen
<i>Sitzungsziele:</i>	Erklärung bezüglich der Vertraulichkeit der Kommissionsarbeiten

Vorbereitung der Anhörungen der Dienststellen  
 Anhörung der Dienststellen des Departements für Erziehung, Kultur und Sport  
 Teilweise Anhörung der Dienststellen des Departements für Finanzen, Landwirtschaft und äussere Angelegenheiten  
 Anhörung der Dienststellen des Departements für Volkswirtschaft, Institutionen und Sicherheit  
 Anhörung der Dienststellen des Departements für Gesundheit, Sozialwesen und Energie

*Sitzungsunterlagen:* Liste der Subventionen mit Angabe der möglichen Kürzungen (vom KFI erarbeitetes Dokument)

### 3.5 Sitzung vom 17. März 2004

*Ort:* Sitten

*Staatsvertreter:* DFLA: W. Schnyder, Departementsvorsteher; P. Hatt, Chef der Dienststelle für Datenverarbeitung; H. Imoberdorf, Chef der Dienststelle für Vermessung  
 DVBU: J.-J. Rey-Bellet, Departementsvorsteher; J.-P. Schnydrig, Chef der Dienststelle für Umweltschutz; A. Fournier, Chef der Dienststelle für Strassen- und Flussbau; H. Imhof, Adjunkt bei der Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie; C. Werlen, Chef der Dienststelle für Wald und Landschaft; C. Wuilloud, Adjunkt DWL, A. Carroz DWL, Verantwortlicher für die Buchhaltung; N. Mayor, Chef der Dienststelle für Verkehrsfragen

*Sitzungsziele:* Abschluss der Anhörung der Dienststellen des Departements für Finanzen, Landwirtschaft und äussere Angelegenheiten  
 Anhörung der Dienststellen des Departements für Verkehr, Bau und Umwelt

### 3.6 Sitzungen vom 25. und 26. März 2004

*Ort:* Saas-Fee

*Staatsvertreter:* J.-J. Rey-Bellet, J.-R. Fournier, W. Schnyder, C. Roch, T. Burgener, H. von Roten, M. Clavien  
 C. Melly, Chef des kantonalen Finanzinspektorats; P. Schnyder, Adjunkt

*Sitzungsziele:* Festlegung der Sparziele aufgrund der neuesten Dokumente des Staatsrates  
 Treffen mit dem Staatsrat  
 Validierung der Sparziele der Kommission  
 Beratung über die ersten Sparmassnahmen (Grosser Rat, Staatsrat, Justiz, Dienststellen des Präsidiums)

*Sitzungsunterlagen:* Auf Anfrage der Kommission vom Staatsrat am 22. März 2004 unterbreitete Zusatzdokumente (Bestätigung der Schätzung des Defizits 2005 - 2007, Übersicht über die Auswirkungen des Entlastungsprogramms 2003 des Bundes für den Kanton Wallis)  
 Nach Dienststellen gegliederte Auflistung der Sparmassnahmen

### **3.7 Sitzung vom 9. April 2004**

*Ort:* Sitten  
*Sitzungsziele:* Festlegung der Sparziele für das DFLA, das DEKS und das DGSE  
*Dokumente:* Aktualisierte Auflistung der nach Dienststellen gegliederten Sparmassnahmen

### **3.8 Sitzung vom 23. April 2004**

*Ort:* Sitten  
*Sitzungsziele:* Festlegung der Sparziele für das DVIS und das DVBU  
Zusammenfassung der Sparmassnahmen  
Struktur des Berichts  
*Sitzungsunterlagen:* Aktualisierte Auflistung der nach Dienststellen gegliederten Sparmassnahmen  
Modell des Berichts

### **3.9 Sitzung vom 12. Mai 2004**

*Ort:* Sitten  
*Sitzungsziel:* Schlussberatung und Annahme des Berichts  
*Sitzungsunterlagen:* Entwurf des Berichts

### **3.10 Sitzung vom 18. Mai 2004**

*Ort:* Sitten  
*Sitzungsziel:* Vorstellung des Berichts zuhanden des Staatsrates  
*Sitzungsunterlagen:* Bericht I - Sparmassnahmen Voranschlag 2005

## 4. Arbeitsweise

### 4.1 Ausgangslage

Entgegen der üblichen Vorgehensweise und entgegen der Praxis in den anderen Kantonen, konnte sich die Kommission *Strukturelle Massnahmen* nicht auf einen in einer Botschaft erläuterten Entwurf der Regierung stützen. Die erste Schwierigkeit, mit der sich die Kommission konfrontiert sah, war also das Fehlen von Informationen und Unterlagen für ihre Arbeiten.

Die Kommission kannte zwar ihr Ziel - d. h. noch nicht bezifferte Sparmöglichkeiten aufzeigen -, aber die Art und Weise, wie sie dieses Ziel erreichen sollte, war unklar. Das Aufzeigen von Sparmassnahmen mag auf den ersten Blick einfach scheinen; es muss aber auch geprüft werden, welche Tragweite diese Massnahmen haben und insbesondere inwieweit sie überhaupt anwendbar sind. Die Regierung hatte der Kommission zwar ihre Unterstützung zugesichert, aber die Beratung über den Voranschlag 2004 zeigte, wie schwierig es ist, neue Sparmöglichkeiten zu finden:

*„Die Regierung will die Übung mitmachen, um zu sehen, wo man kürzen wird. Man wird Kürzungen vornehmen, aber es wird in erster Linie die Schwachen und die Behinderten treffen - und ich höre ja, was Sie sagen, wenn der Bund solche Kürzungen vornimmt - und die öffentlichen Körperschaften und die Institutionen...Es wird also eine äusserst schwierige Übung.“*

*Wilhelm Schnyder, Sitzung des Grossen Rates vom 5. November 2003 (Übersetzung)*

Die Kommission sprach sich von vornherein gegen allgemeine lineare Kürzungen und für eine eingehende Analyse sämtlicher Bereiche der staatlichen Tätigkeit aus. Diese Analyse sollte im Rahmen des Möglichen zu gezielten Sparvorschlägen führen.

### 4.2 Gewählte Methode: Fragebögen an die Dienststellen und Prüfung der Subventionen

Der Voranschlag 2004 bildete die Grundlage für die Arbeiten der Kommission. Obwohl die Auflistung von Zahlen ein Bild von der Staatstätigkeit vermittelt, so ist sie doch wenig aussagekräftig.

Die Kommission sprach sich denn auch bereits in ihrer ersten Plenarsitzung für die Erarbeitung eines Fragebogens an sämtliche Dienststellen aus. Der aufgrund des e-DIKS-Modells erstellte Fragebogen sollte es den Dienststellen ermöglichen, ihre Tätigkeiten aufzulisten (sämtliche durch die Dienststelle erbrachten Leistungen) und deren Kosten zu beziffern; dabei musste die Addition der Kosten der verschiedenen Leistungen für jede Dienststelle dem vom Grossen Rat angenommenen Voranschlag 2004 entsprechen. Dank dieses Fragebogens konnten die nackten Zahlen den verschiedenen Leistungen zugunsten der Walliser Bevölkerung zugeordnet werden. Dank dieses Fragebogens wird die Staatstätigkeit transparent, namentlich auch für jene Abgeordneten, für welche die Finanzbuchhaltung eher ein Buch mit sieben Siegeln ist.

Das Zentrum für Verwaltungsmanagement wurde mit der Vorbereitung der verschiedenen Fragebögen und der Begleitung der Dienststellen betraut.

Die Subventionen stellen einen bedeutenden Ausgabenposten für den Staat dar. Die Kommission wollte sie deshalb in ihre Analyse einbeziehen.

Das Finanzinspektorat erhielt den Auftrag, eine umfassende Auflistung der durch den Staat Wallis gewährten Betriebs- und Investitionsbeiträge zu erstellen.

### **4.3 Inventar der Produkte und Leistungen**

Jede Dienststelle des Staates Wallis erhielt drei Fragebögen (siehe Anhang 2).

#### **4.3.1 Fragebogen 1: Aufteilung des Budgets 2004 nach Leistungen**

Das gesamte Budget 2004 wurde aufgrund der für jede Dienststelle ausgewiesenen Leistungen aufgeteilt. Wie bereits erwähnt, stützte sich die Kommission auf das System e-DIKS (Leistungssteuerung).

Für jede erbrachte Leistung (resp. für jede Tätigkeit innerhalb der Dienststelle, inklusive Verwaltungs- und Sekretariatsaufgaben) gaben die Dienststellen an:

- seit wann die Leistung erbracht wird
- auf welcher gesetzlichen Grundlage die Leistung basiert
- die personellen Ressourcen, ausgedrückt in Vollzeitstellen, die für die Realisierung der Leistung eingesetzt werden
- die Budgetbeträge, welche direkt für die Leistung eingesetzt werden
- die indirekten Beträge (annähernde Zuteilung der nicht direkt zuteilbaren Budgetbeträge, entsprechend den für die Leistung eingesetzten personellen Ressourcen)
- voraussichtliche Budgetentwicklung (voraussichtliche Entwicklung der Kosten: Zunahme, Gleichstand, Abnahme)
- Sparpotenzial und Priorität jeder Leistung, laut einem vorher von der Kommission erarbeiteten Index.

Die Dienststellen wurden ausserdem gebeten, Vorschläge zu Sparmassnahmen oder gegebenenfalls (in zweiter Priorität) zu neuen Einnahmequellen zu machen. Die meisten Dienststellen erfüllten die Anforderungen der Kommission, andere liessen zu wünschen übrig.

Am Ende des Fragebogens konnten die Dienststellen schliesslich noch Bemerkungen anbringen, welche für das Verständnis derer Tätigkeiten oder der im Fragebogen eingetragenen Informationen nützlich sind.

#### **4.3.2 Fragebogen 2: Personalentwicklung**

Bei den parlamentarischen Beratungen über die Rechnung oder den Voranschlag werden oft Stimmen laut, welche die Personalanstellungspolitik beim Staat Wallis betreffen. Es gab Abgeordneten, die forderten: „A2000 permanent und für jede Dienststelle!“ Um über reale Zahlen zu verfügen, liess die Kommission deshalb jede Dienststelle eine Tabelle mit der Personalentwicklung seit 1995 ausfüllen.

Die Tabelle „Personalentwicklung“ enthält folgende Angaben für die Jahre 1995 (vor der Analyse der Leistungen A2000), 1998 (nach der Analyse der Leistungen A2000), 2000, 2002 und 2004:

- Entwicklung der „festen“ Stellen im Organigramm und Stellen für Hilfskräfte
- Entwicklung anderer Arbeitsplätze (Lehrlinge, Praktikanten, Temporärangestellte...)
- Entwicklung der Personalkosten (Aufwand und Ertrag)
- Entwicklung der Lohnmasse für Hilfs- und Temporärangestellte.

#### **4.3.3 Fragebogen 3: Kostenentwicklung**

Für die Analyse der Kostenentwicklung durch die Kommission füllte jede Dienststelle eine Tabelle mit den Ergebnissen der Rechnungen der Jahre 1995, 1998, 2000 und 2002 sowie den Beträgen des Voranschlages 2004 aus. Darin erscheinen in absoluten Zahlen und in indexierter Form folgende Angaben:

- Aufwand der laufenden Rechnung
- Ertrag der laufenden Rechnung
- Nettoaufwand der laufenden Rechnung (resp. Ertragsüberschuss)
- Bruttoinvestitionen
- Investitionseinnahmen
- Nettoinvestitionen
- Aufwandüberschuss (resp. Ertragsüberschuss).

#### **4.4 Inventar der Subventionen**

Wie bereits weiter oben erwähnt, erhielt die Kommission vom Finanzinspektorat das vollständige Inventar der vom Staat Wallis gewährten Betriebs- und Investitionssubventionen. Für jede Subvention finden sich folgende Angaben:

- die verantwortliche Dienststelle und das verantwortliche Departement
- Art der Subvention
- die entsprechenden Beträge in den Rechnungen 2000 bis 2003 sowie im Voranschlag 2004
- Subventionskategorie (Abgeltungen, Finanzhilfen...)
- Subventionsform (nichtrückzahlbare Beiträge, zinsloses Darlehen...)
- Berechnungsmodus (fester Betrag, Defizitdeckung, Prozentsatz...)
- Möglichkeiten zur Kürzung von Subventionen, mit Ausnahme jener Subventionen, die einen grossen Multiplikatoreffekt haben (insbesondere jene Subventionen, die vom Kanton im Zusammenhang mit Bundessubventionen vergeben werden)
- die Zuständigkeiten und Modalitäten bei einer eventuellen Kürzung.

*Siehe Beilage 3*

Dieses Inventar ist für die Kommission sehr nützlich, da sie ja nicht - wie in Artikel 19 des Subventionsgesetzes vom 13. November 1995 vorgesehen - von der Möglichkeit der linearen und undifferenzierten Kürzung aller vom Staat gewährten Subventionen Gebrauch machen möchte:

*„Als Beitrag zur Sanierung des kantonalen Finanzhaushalts kann der Grosse Rat auf dem Dekretsweg beschliessen, Subventionen vorübergehend bis zu höchstens 20 Prozent zu kürzen. Er bezeichnet die von der jeweiligen Kürzung betroffenen Subventionen und legt die Höhe der Kürzung fest.“*

Wenn bei den Subventionen schon gespart werden muss, dann haben diese Einsparungen gezielt zu erfolgen. Aufgrund der Informationen des Finanzinspektorats, der Ausführungen der Dienststellen zu den Leistungen sowie nach Anhörung der Departementsvorsteher und Dienstchefs entschied die Kommission selbständig über mögliche Einsparungen im Bereich der Subventionen. Diese werden zusammen mit den anderen Sparmassnahmen unter Punkt 8 dieses Berichts aufgezeigt.

Die für 2005 vorgeschlagenen Subventionskürzungen betreffen ausschliesslich Finanzhilfen oder Abgeltungen, die ohne Änderung der gesetzlichen Grundlagen gekürzt werden können. Die Strukturanalyse wird weitere mögliche Kürzungen aufzeigen.

#### **4.5 Anhörung des Staatsrats, der Departementsvorsteher und Dienstchefs**

##### **4.5.1 Anhörung der Departementsvorsteher**

Noch bevor die Dienststellen die ausgefüllten Fragebögen retourniert hatten, traf sich das Büro der Kommission separat mit jedem Departementsvorsteher sowie mit Dr. Raymond Pernet, Verwaltungsratspräsident des Gesundheitsnetzes Wallis. Das Ziel dieser Treffen war es, im Gespräch mit den Departementsvorstehern und dem Verwaltungsratspräsidenten des GNW bereits im Vorfeld besondere Sparmassnahmen zu prüfen, die ins Auge gefasst werden könnten oder müssten, sei es nun auf Ebene der Departemente oder global auf Ebene des ganzen Staates. Die Prüfung eventueller Sofortmassnahmen sollte verhindern, dass die Kommission von kurzfristigen Entscheiden des Staatsrats, welche Auswirkungen auf das Budget 2005 hätten, überrumpelt wird.

Aufgrund dieser vorgängigen Anhörungen befand das Büro der Kommission, dass sich keine Sofortmassnahmen aufdrängen und dass die Sparmassnahmen allgemein in Zusammenarbeit mit den Dienststellen geprüft werden sollten.

#### 4.5.2 Anhörung der Dienstchefs

Am 11., 12. und 17. März (siehe Kapitel 3.4 und 3.5) traf sich die Kommission mit verschiedenen Dienstchefs, um mehr über die Funktionsweise der Dienststellen und die Sparvorschläge der Dienstchefs zu erfahren. Der jeweils zuständige Departementsvorsteher war bei diesen Treffen ebenfalls anwesend.

Die Treffen dauerten eine halbe Stunde pro Dienststelle. Es konnte nur besprochen werden, was für die Kommission wirklich von Belang war.

Die Dienstchefs konnten sich bei dieser Gelegenheit ebenfalls dazu äussern, was für Folgen eine eventuelle lineare Kürzung des Budgets ihrer Dienststelle um 3% hätte.

Das Ziel dieser Anhörungen war es, sich ein Bild über die Sparmöglichkeiten der einzelnen Dienststellen und deren Auswirkungen auf die Leistungen zu verschaffen.

#### 4.5.3 Anhörung des Staatsrats

Anlässlich der Sitzung in Saas-Fee hörte die Kommission den Staatsrat *in corpore* an. Die Gründe dafür waren vielfältig:

- genauere Schätzung der zahlenmässigen Sparziele der Kommission
- Analyse der eventuellen Sparvorschläge des Staatsrats
- Besprechung der von der Kommission bereits vorgeschlagenen Sparmassnahmen
- Festlegung des weiteren Vorgehens, insbesondere Prüfung der Möglichkeit eines gemeinsamen Berichts.

Nur der erste und der letzte Punkt konnten schliesslich besprochen werden. Die Vorarbeiten der Kommission hatten mehr Zeit in Anspruch genommen als geplant und der Staatsrat wollte die ersten vorgeschlagenen Massnahmen kennen, bevor er sich äussert.

Der grösste Teil dieses Treffens diente dazu, die Sparziele für den Voranschlag 2005 noch genauer zu definieren.

Bei diesem Treffen wurde auch klar festgelegt, dass der Bericht von der Kommission im Alleingang erstellt werden wird. Es kam in diesem Zusammenhang ein "interaktives" Vorgehen für die Erstellung des Berichts (regelmässiger Austausch mit dem Staatsrat) zur Sprache. Die Kommission verzichtete jedoch schliesslich darauf und entschied sich, direkt dem Grossen Rat, der sie ja auch beauftragt hat, Bericht zu erstatten.

#### 4.6 Zahlenmässiges Sparziel

Das zahlenmässige Sparziel der Kommission basiert auf den Informationen der Finanzverwaltung (siehe Kapitel 6 – Sparziele der Kommission). Nach der Festsetzung dieses Sparziels nahm die Kommission alle Dienststellen aufgrund der retournierten Fragebögen unter die Lupe und machte Sparvorschläge (siehe Kapitel 8 - Sparvorschläge der Kommission).

## 5. Sparprogramme der Kantone

Aufgrund der Besorgnis erregenden finanziellen Situation der Mehrheit der Kantone lancierten rund 20 Kantonsregierungen gross angelegte Sparprogramme. Die Kommission orientierte sich kurz über die Sparprogramme der Kantone Bern, Graubünden, Aargau und Luzern. Ohne näher auf Details eingehen zu wollen, seien folgende Gemeinsamkeiten der ergriffenen Massnahmen erwähnt:

### ***Ein starker politischer Wille***

Seit ungefähr 15 Jahren sehen sich die öffentlichen Körperschaften mit grossen Defiziten konfrontiert. Weitherum ist ein Wille zur Begrenzung dieser Defizite und der Staatsschulden festzustellen. Wie der Bund haben auch mehrere Kantone Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen erlassen, mit welchen die Verschuldung aufgehalten werden soll. Das Volk entschied sich an der Urne jeweils mit grosser Mehrheit für diese Bestimmungen, die nur mit einem starken politischen Willen umgesetzt werden können.

### ***Eine gründliche Untersuchung der öffentlichen Leistungen***

Nach verschiedenen bereits erfolgten Sparmassnahmen gibt es kaum noch Handlungsspielraum, um die Ausgaben der öffentlichen Körperschaften einzudämmen. Die „Budgetanpassungen“ (Anpassung der Ausgaben bei den Beratungen zum Voranschlag) zeigen höchstens kurzfristig Wirkung und reichen nicht aus, um eine ausgeglichene Rechnung zu erhalten. Da es sich in erster Linie um strukturelle Defizite handelt, kann nur mit eigentlichen Sparprogrammen ein stabiles finanzielles Gleichgewicht erreicht werden. Aufgrund der vielen nötigen Einsparungen unterzogen die obgenannten Kantone ihre Aufgaben und Leistungen einer systematischen Analyse. Diese Analysen wurden für alle Tätigkeitsgebiete des Staates durchgeführt, ohne „heilige Kühe“ und ohne Tabus. Es wurden Prioritäten definiert, Standards für einzelne Leistungen tiefer angesetzt sowie einige Aufgaben oder Strukturen gänzlich aufgegeben.

### ***Gestaffelte Massnahmen während mehreren Jahren***

Die Erfahrungen von Aargau, Bern, Graubünden und Luzern zeigen, dass es sehr schwierig ist, Sparmassnahmen kurzfristig anzusetzen. Die Analyse und Infragestellung der zahlreichen und vielfältigen staatlichen Leistungen erfordert eine minutiöse und zeitaufwändige Arbeit. Ausserdem verlangen viele Massnahmen Gesetzesänderungen.

Die Sparprogramme unterscheiden deshalb zwischen kurzfristigen Massnahmen (folgender Voranschlag) und mittelfristigen Massnahmen (Vierjahresplanung). Kurzfristige Massnahmen (Plafonierung der Lohnmasse, lineare Kürzungen, Kürzung der Ausgaben im Rahmen der geltenden Gesetzesbestimmungen...) sind keine eigentlichen strukturellen Massnahmen. Sie erlauben jedoch ein kurzfristiges finanzielles Gleichgewicht. Strukturelle Massnahmen hingegen basieren auf der Infragestellung von Leistungen und erfordern fast immer Gesetzesänderungen. Indem die Leistungen des Staates an dessen Einnahmen angepasst werden, soll ein mittel- und langfristiges Gleichgewicht erreicht werden.

### **Die Sparprogramme in Zahlen**

	<b>Anzahl Mass- nahmen</b>	<b>Ein- sparungen 2004 (Mio.)</b>	<b>Ein- sparungen 2005 (Mio.)</b>	<b>Ein- sparungen 2006 (Mio.)</b>	<b>Ein- sparungen 2007 (Mio.)</b>	<b>Einsparungen in % der Ausgaben (2006 oder 2007)</b>
<b>Aargau</b>	136	209.9	266.8	310.1	--	8.8
<b>Bern</b>	86	176.6	256.9	341.3	--	4.9
<b>Graubünden</b>	212	92.3	121.0	142.7	149.9	5.9
<b>Luzern</b>	117	--	89.9	96.7	95.8	3.6

Das Beispiel der Kantone Aargau, Bern, Graubünden und Luzern zeigt, dass nur Sparprogramme zu einer Eindämmung der Ausgaben, bzw. zu einem Gleichgewicht der Rechnung führen. Die ständige Überprüfung der staatlichen Leistungen ist dabei ein wichtiger Bestandteil. Der Kanton Wallis muss sich an diesen Kantonen orientieren, sowohl was den politischen Willen betrifft, als auch die von ihnen verwendete Methodik zur Erreichung von Sparzielen.

## **6. Sparziele der Kommission**

### **6.1 Rechtlicher Rahmen (doppelte Ausgaben- und Schuldenbremse)**

Das Schweizer Volk stimmte in der Abstimmung vom 2. Dezember 2001 einem Bundesbeschluss über eine Schuldenbremse zu. Dieser Vorschlag wurde mit 84.7% aller gültigen Stimmzettel sowie von allen Kantonen angenommen. Das Walliser Volk nahm den Beschluss damals mit 78% an.

Mit 72% nahm das Walliser Volk ausserdem am 22. September 2002 einen Verfassungsartikel zur Einführung der doppelten Ausgaben- und Schuldenbremse auf kantonaler Ebene an. Das Gesetz über die doppelte Bremse wurde vom Grossen Rat bereits in erster Lesung behandelt. Es wurde mit 89 ja, 18 nein und 0 Enthaltungen angenommen.

Zweimal wurde somit klar gezeigt, welcher Weg in dieser Frage eingeschlagen werden soll. Die Kommission ist sich dessen bewusst und wird dem klar aufgezeigten Volkswillen Rechnung tragen. Sie hat damit einen klaren Auftrag erhalten, auch wenn die zu erbringenden Opfer manchmal schmerzhaft sein werden.

### **6.2 Finanzperspektiven des Staatsrats**

Vor Aufnahme der Arbeiten bat die Kommission den Staatsrat um eine Einschätzung der finanziellen Perspektiven für 2005 – 2007. An der Sitzung vom 20. Januar 2004 unterbreitete das Finanzdepartement der Kommission eine aktualisierte Version des Finanzplans, welcher für 2005 einen Finanzierungsfehlbetrag von 70.8 Mio. vorsieht. Mit Brief vom 22. März 2004 korrigierte der Staatsrat das Budgetdefizit 2005 auf 54.4 Mio. herunter, jedoch mit dem Hinweis, dass diese Schätzung einige Unbekannten enthalte. In einem ergänzenden Schreiben der Finanzverwaltung vom 22. April 2004 heisst es, dass der geschätzte Betrag eventuell um 25 Mio. höher liegen könnte. Somit dürfte der Finanzierungsfehlbetrag für 2005 laut Staatsrat bzw. kantonaler Finanzverwaltung 79.4 Mio. betragen.

**Finanzperspektiven des Staatsrats für 2005 – 2007**

	Rechnung 2003	Voranschlag 2004	Planung 2005	Planung 2006	Planung 2007
<b>Ausgaben</b>					
Personalaufwand	527.5	537.6	554.1	569.1	584.1
Sachaufwand	181.4	186.3	190.8	195.3	200.3
Passivzinsen	65.4	66.4	66.4	66.4	66.4
Abschreibungen des Finanzvermögens	17.6	16.4	16.4	16.4	16.4
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	38.1	35.9	45.9	45.9	45.9
Entschädigungen an Gemeinwesen	71.3	75	78.1	81.0	84.0
Beiträge ohne Investitionscharakter	779.5	841.2	862.2	883.7	905.7
Durchlaufende Beiträge	127.4	113.2	113.2	113.2	113.2
Einlagen in Spezialfinanzierungen	44.9	43.6	43.6	43.6	43.6
Interne Verrechnungen	89.9	76.5	76.5	76.5	76.5
<b>Total</b>	<b>1943</b>	<b>1992.2</b>	<b>2047.2</b>	<b>2091.1</b>	<b>2136.1</b>

<b>Einnahmen</b>					
Steuern	847.2	865.3	895.3	915.3	935.3
Patente und Konzessionen	152.6	164.5	170.0	170.0	170.0
Vermögenserträge	35.7	33.6	33.6	33.6	33.6
Entgelte	154.9	138.2	153.2	153.2	153.2
Anteil an Bundeseinnahmen	338	318.2	307.7	314.7	336.2
Rückerstattungen von Gemeinwesen	75.1	73.9	78.9	78.9	78.9
Beiträge für eigene Rechnung	310.2	313.9	313.9	313.9	313.9
Durchlaufende Beiträge	127.4	113.2	113.2	113.2	113.2
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	13.1	6.4	6.4	6.4	6.4
Interne Verrechnungen	89.9	76.5	76.5	76.5	76.5
<b>Total</b>	<b>2144.1</b>	<b>2103.6</b>	<b>2148.6</b>	<b>2175.7</b>	<b>2217.2</b>

<b>Investitionsrechnung</b>					
Investitionen des Kantons	75.1	73.5	73.5	73.5	73.5
Beteiligungen an Investitionen Dritter	97.6	82.2	82.2	82.2	82.2
Darlehen und Beteiligungen	-3.8	0.1	0.1	0.1	0.1
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>168.9</b>	<b>155.8</b>	<b>155.8</b>	<b>155.8</b>	<b>155.8</b>

<b>Finanzierungsfehlbetrag/- überschuss</b>	<b>32.2</b>	<b>-44.4</b>	<b>-54.4</b>	<b>-71.4</b>	<b>-74.9</b>
<b>Eventueller zusätzlicher Fehlbetrag</b>			<b>- 25</b>		
<b>Total Finanzierungsfehlbetrag</b>			<b>- 79.4</b>		

### 6.3 Finanzperspektiven der Kommission für 2005

Die Finanzperspektiven des Staatsrats vermochten die Kommission nicht zu befriedigen, da zahlreiche Elemente nicht berücksichtigt wurden. Deshalb nahm die Kommission eine eigene Einschätzung der Situation vor.

Ohne spezielle Sparmassnahmen sehen die Finanzperspektiven für 2005 nach Meinung der Kommission wie folgt aus:

#### **Finanzperspektiven der Kommission für 2005 (Basis Budget 2004)**

<b>AUSGABEN</b>	<b>Planung 2005 optimistisch</b>	<b>Planung 2005 wahrsch.</b>	<b>Planung 2005 pessimistisch</b>	<b>Bemerkungen der Kommission</b>
Personalaufwand	554.6	559.6	564.6	<b>Optimistische Schätzung:</b> + 2.8%*: Teuerung, Anpassungen +2 Mio*: Einführungsgesetz zum Schweizerischen Strafgesetzbuch <b>Wahrscheinliche Schätzung:</b> idem optimistische Schätzung + 5 Mio., entspricht Erhöhung 02-03. <b>Pessimistische Schätzung:</b> idem optimistische Schätzung +10 Mio. Die eventuelle Kantonalisierung der Betriebs- und Konkursämter wird nicht berücksichtigt, da diese bestenfalls erst 2006 stattfindet (Netto- Mehreinnahmen: 0.5 Mio.*) (=strukturelle Massnahme)
Sachaufwand	190.8	190.8	190.8	+2.5%, entspricht der Schätzung des Staatsrats
Passivzinsen	68.9	68.9	68.9	Minime Erhöhung (+2.5 Mio.)
Abschreibungen des Finanzvermögens	42.9	42.9	42.9	Idem Voranschlag 2004* (16.4 Mio.) +26.5 Mio.: Rückstellung für die Sanierung der Pensionskassen (ergibt ein Total von 30 Mio. / 3.5 Mio. sind 2004 bereits vorgesehen).
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	35.9	35.9	45.9	<b>Optimistische und wahrscheinliche Schätzung:</b> idem Voranschlag 2004 <b>Pessimistische Schätzung:</b> Eine eventuelle, noch nicht beschlossene Erhöhung von 10 Mio. des kantonalen Beitrags zum interkommunalen Finanzausgleich wurde nicht berücksichtigt*.
Entschädigungen an Gemeinwesen	78	79	80	Die Schätzungen des Staatsrats (Zunahme zwischen 3 und 5 Mio.) werden übernommen.
Beiträge ohne Investitionscharakter	879.2	890.2	902.2	<b>Optimistische Schätzung:</b> +21 Mio. (+2.5%)*: "normale" Zunahme laut Planung Staatsrat +5 Mio.: Defizit GNW +12 Mio.: Beteiligung am Gehalt der Lehrpersonen (siehe Art. 235 Steuergesetz) <b>Wahrscheinliche Hypothese:</b> +25 Mio.: „normale“ Zunahme +10 Mio.: Defizit GNW +14 Mio.: Beteiligung am Gehalt der

				Lehrpersonen (siehe Art. 235 Steuergesetz) <b>Pessimistische Schätzung:</b> + 30 Mio.: "normale" Zunahme +15 Mio.: Defizit GNW +16 Mio.: Beteiligung am Gehalt der Lehrpersonen (siehe Art. 235 Steuergesetz)
Durchlaufende Beiträge	113.2	113.2	113.2	Idem Voranschlag 2004 (keine Änderung)
Einlagen in Spezialfinanzierungen	43.6	45.6	48.6	<b>Optimistische Schätzung:</b> idem Voranschlag 2004* <b>Wahrscheinliche Schätzung:</b> 2 Mio.: Rückstellungen IHG-Kredite <b>Pessimistische Schätzung:</b> 5 Mio.: Rückstellungen IHG-Kredite
Interne Verrechnungen	76.5	76.5	76.5	Idem Voranschlag 2004 (keine Änderung)
<b>Total</b>	<b>2083.6</b>	<b>2102.6</b>	<b>2133.6</b>	* = Variante des Staatsrats

<b>EINNAHMEN</b>	<b>Planung 2005 optimistisch</b>	<b>Planung 2005 wahrsch.</b>	<b>Planung 2005 pessimistisch</b>	<b>Bemerkungen der Kommission</b>
Steuern	895.4	890.4	883.3	<b>Optimistische Schätzung:</b> +30 Mio.: Steuerprogression* -2 Mio.: Steuerpaket / kalte Progression + 2.1 Mio.: Anpassung Motorfahrzeugsteuer <b>Wahrscheinliche Schätzung:</b> +25 Mio.: Steuerprogression -2 Mio.: Steuerpaket / kalte Progression + 2.1: Anpassung Motorfahrzeugsteuer <b>Pessimistische Schätzung:</b> +20 Mio.: Steuerprogression -2 Mio.: Steuerpaket / kalte Progression
Patente und Konzessionen	170.0	170.0	170.0	+5.5 Mio.: Gewinne SNB – Zunahme im Zusammenhang mit freien Aktiven*
Vermögenserträge	33.6	33.6	33.6	idem Voranschlag 2004
Entgelte	159.0	157.0	155.0	<b>Optimistische Schätzung:</b> idem pessimistische Schätzung +4 Mio. <b>Wahrscheinliche Schätzung:</b> idem pessimistische Schätzung +2 Mio. <b>Pessimistische Schätzung:</b> Betrag an Resultate 2003 angepasst.
Anteil an Bundeseinnahmen	307.7	306.2	304.2	<b>Optimistische Schätzung:</b> -20 Mio.: Abnahme dBSt. und Finanzausgleich* +9.5 Mio.: LSVA* <b>Wahrscheinliche Schätzung:</b> -20 Mio.: Abnahme dBSt. und Finanzausgleich +8 Mio.: LSVA <b>Pessimistische Schätzung:</b> -20 Mio.: Abnahme dBSt. und Finanzausgleich +6 Mio.: LSVA
Rückerstattungen von Gemeinwesen	79.9	78.9	77.9	<b>Optimistische Schätzung:</b> +6 Mio. <b>Wahrscheinliche Schätzung:</b> +5 Mio.* <b>Pessimistische Schätzung:</b> +4 Mio.

Beiträge für eigene Rechnung	308.5	303.1	292.3	<b>Pessimistische Schätzung:</b> -21.6 Mio.: theoretischer Betrag, welcher sich aus dem Entlastungsprogramm ergibt, mit Ausnahme jener Massnahmen, die im Voranschlag 2004 berücksichtigt wurden. <b>Wahrscheinliche Schätzung:</b> -10.8 Mio.: 50% des oben stehenden Betrags <b>Optimistische Schätzung:</b> -5.4 Mio.: 50% des oben stehenden Betrags
Durchlaufende Beiträge	113.2	113.2	113.2	Idem Voranschlag 2004 (keine Änderung)
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	6.4	6.4	6.4	Idem Voranschlag 2004
Interne Verrechnungen	76.5	76.5	76.5	Idem Voranschlag 2004 (keine Änderung)
<b>Total</b>	<b>2150.2</b>	<b>2135.3</b>	<b>2112.4</b>	* = Variante des Staatsrats

<b>INVESTITIONS-RECHNUNG</b>	Planung 2005 optimistisch	Planung 2005 wahrsch.	Planung 2005 pessimistisch	Bemerkungen der Kommission
Investitionen des Kantons	73.5	73.5	73.5	
Beteiligungen an Investitionen Dritter	82.2	82.2	82.2	
Darlehen und Beteiligungen	0.1	0.1	0.1	
<b>Nettoinvestitionen</b>	<b>155.8</b>	<b>155.8</b>	<b>155.8</b>	idem Voranschlag 2004*

<b>FINANZIERUNGS-FEHLBETRAG</b>	<b>- 89.2</b>	<b>- 123.1</b>	<b>- 177.0</b>	
---------------------------------	---------------	----------------	----------------	--

**Abkürzungen:** GNW = Gesundheitsnetz Wallis; IHG = Gesetze über Investitionshilfe für Berggebiete; SNB = Schweizerische Nationalbank; dBSt = direkte Bundessteuer; LSVA = leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe

Nähere Informationen zu den Finanzperspektiven der Kommission finden sich im Anhang 4.

## 6.4 Ziele der Kommission

Wie bereits bei Punkt 6.1 ausgeführt, besteht ein zwingender rechtlicher Rahmen (doppelte Ausgaben- und Schuldenbremse). Die Kommission will die diesbezüglichen Ziele ohne Kunstgriffe erreichen.

Trotz ihrer begrenzten Mittel definierte die Kommission aufgrund der teils lückenhaften Informationen des Staatsrats ihr Sparziel für 2005 gemäss drei Varianten (optimistisch, wahrscheinlich und pessimistisch).

Nach der Überprüfung der drei Varianten entschied sie sich, nach Sparmöglichkeiten für die wahrscheinliche Variante zu suchen, bei der es einen Finanzierungsfehlbetrag von 123.1 Mio. Franken zu decken gilt. Diese Zielvorgabe wurde von der Kommission einstimmig angenommen.

Der wahrscheinliche Finanzierungsfehlbetrag für 2005 ist beachtlich. Die Kommission will weder den Teufel an die Wand malen noch die Wahrheit beschönigen. Die zu unternehmenden Anstrengungen, welche sich aus dem geschätzten Finanzierungsfehlbetrag ergeben, sind mit jenen der in Kapitel 5 untersuchten Kantone vergleichbar (rund 4.75%).

## **6.5 Finanzperspektiven für 2006 und folgende Jahre**

Die Finanzperspektiven für 2006 und die nachfolgenden Jahre sind gleichermassen wenig erbaulich wie jene für 2005. Das vom Souverän gewollte finanzielle Gleichgewicht wird strukturelle Massnahmen von deutlich mehr als 100 Mio. Franken erfordern.

Der zweite Bericht der Kommission wird sich im Herbst diesen mittelfristigen Finanzperspektiven widmen sowie jenen strukturellen Massnahmen, die absolut unabdingbar sind.

## 7. Sparvorschläge der Departemente und Dienststellen

Die von den Dienststellen in den Fragebögen aufgezeigten Sparmöglichkeiten und zusätzlichen Einnahmen können wie folgt zusammengefasst werden:

Einsparungen Laufende Rechnung	Reduktion Betriebs- beiträge	Lastentransfer auf Gemeinden	Kürzung eigene Investitionen	Kürzung Investitionen Dritter	Rückzahlung Darlehen und Beteiligungen	Zusätzliche Einnahmen
8'245'700.-	987'000.-	24'468'000.-	5'150'000.-	2'725'000.-	4'800'000.-	78'320'000.-
6.61%	0.79%	19.62%	4.13%	2.19%	3.84%	62.81%

*Total Einsparungen:* 17'107'700.-  
*Total Überträge oder neue Einnahmen:* 102'788'800.-  
*Rückzahlungen:* 4'800'000.-  
**GESAMTTOTAL** 124'695'700.-

Diese Vorschläge vermochten die Kommission überhaupt nicht zu befriedigen, da es sich nicht um eigentliche Sparmassnahmen handelte, sondern lediglich um Lastentransfers auf die Gemeinden und zusätzliche Einnahmen.

## 8. Sparvorschläge der Kommission

### 8.1 Einleitung

Folgende Grundsätze waren bei der Wahl der Sparvorschläge 2005 der Kommission ausschlaggebend:

- **Opfersymmetrie:** Die zu erbringenden Opfer müssen alle Gewalten betreffen: Legislative, Judikative und Exekutive. Bei der Exekutive sind auch der Staatsrat und die Dienststellen des Präsidiums betroffen. Sämtliche Institutionen, Anstalten und die übrigen Bereiche der Staatstätigkeit sind ebenfalls betroffen.
- **Vorrang für gezielte Massnahmen:** Die Kommission will in einem ersten Schritt gezielte Massnahmen vorschlagen und lineare Massnahmen möglichst vermeiden.
- **Vorrang für Sparmassnahmen, welche den Sachaufwand und Subventionen betreffen:** Die Kommission bekundete den klaren Willen, die Sparmassnahmen auf die Rubriken 31 (Sachaufwand) und 36 (Beiträge ohne Investitionscharakter) zu konzentrieren. Die Rubrik 30 (Personalaufwand) ist ebenfalls betroffen. Die Kommission ist allerdings der Ansicht, dass die gegenwärtigen Löhne beizubehalten sind (strikte Begrenzung der Entwicklung der Lohnmasse).
- **Allgemeine Massnahmen:** Da sich die Kommission darüber im Klaren war, dass die gezielten Massnahmen nicht ausreichen würden, beschloss sie, ebenfalls allgemeine Massnahmen vorzuschlagen (siehe Punkt 8.11).

Alle diese Grundsatzentscheide wurden von den Kommissionsmitgliedern einstimmig gefällt. Dies gilt auch für einen Grossteil der gezielten Sparmassnahmen. Nur einige wenige dieser Massnahmen wurden mit Enthaltungen oder Gegenstimmen gefasst.

## 8.2 Gesetzgebende Gewalt

### Allgemeine Informationen

Budget 2004	Ausgaben	3'940'000.-	Einnahmen	0.-	Netto	3'940'000.-
Einsparungen	Ausgaben	250'000.-	Einnahmen	0.-	Netto	250'000.-

### Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)

00-01	Leistung „Verwaltung der Dokumente“: Reduktion der Anzahl gedruckter und verschickter Bulletins des Grossen Rates (Memorial)	100'000.-
00-02	Leistungen „Unterstützung der Kommissionen“ und „Verwaltung der Entschädigungen und der Personendaten“: Beschränkung der Ausgaben der Kommissionen	50'000.-
00-03	Leistungen „Ablauf der Sessionen“ und „Verwaltung der Entschädigungen und der Personendaten“: Senkung der Sessionskosten	50'000.-
00-04	Weitere durch das Präsidium des Grossen Rates zu ergreifende Massnahmen	50'000.-
	<i>Total</i>	250'000.-

### Bemerkungen

Der Grosse Rat muss Sparanstrengungen machen, die mit jenen, die von den anderen Gewalten verlangt werden, vergleichbar sind. In diesem Sinne wird die Kommission beim Präsidium des Grossen Rates vorstellig werden, damit dieses die oben erwähnten Sparmassnahmen im Entwurf seines Budgets 2005 vorsieht.

## 8.3 Richterliche Behörde und Staatsanwaltschaft

### Allgemeine Informationen

Budget 2004	Ausgaben	27'151'200.-	Einnahmen	7'241'700.-	Netto	19'909'500.-
Einsparungen	Ausgaben	750'000.-	Einnahmen	nicht geschätzt	Netto	750'000.-

### Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)

00-05	Reduktion des Sachaufwands (15% der Rubriken 31)	445'000.-
00-06	Andere von den Gerichten festzulegende Massnahmen (allenfalls zusätzliche Einnahmen)	305'000.-
	<i>Total</i>	750'000.-

### Bemerkungen

Auf die Anfragen der Kommission antwortete die Justizbehörde, dass Einsparungen in ihrem Bereich nur schwerlich vorstellbar seien. Die Kommission ist allerdings der Ansicht, dass

sich auch die richterliche Behörde und die Staatsanwaltschaft an den Sparmassnahmen beteiligen müssen. Die geforderten Anstrengungen entsprechen einer Budgetkürzung von 3.77% und liegen somit unter der Kürzung, die vom Grossen Rat, vom Staatsrat und von der Verwaltung verlangt wird.

#### 8.4 Vollziehende Gewalt (Staatsrat)

##### Allgemeine Informationen

Budget 2004	Ausgaben	2'194'800.-	Einnahmen	82'000.-	netto	2'112'800.-
Einsparungen	Ausgaben	57'500.-	Einnahmen	0.-	netto	57'500.-

##### Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)

00 - 07	Reduktion des Sachaufwands (15% der Rubriken 31, mit Ausnahme der Bezirksämter)	57'500.-
	Total	57'500.-

#### 8.5 Staatsratsdienste

##### 8.5.1 Staatskanzlei

##### Allgemeine Informationen

Aufgaben	Stabsorgan der Regierung (Unterstützung der Regierungstätigkeit, juristische Unterstützung des Staatsrates, administrative und logistische Unterstützung des Staatsrates, Vorbereitung und Weiterbearbeitung der Sessionen des Grossen Rates), logistische Unterstützung der Dienststellen der Verwaltung (Post, Telefonzentrale)					
Budget 2004	Ausgaben	6'076'200.-	Einnahmen	115'000.-	netto	5'961'200.-
Einsparungen	Ausgaben	289'000.-	Einnahmen	nicht geschätzt	netto	289'000.-
Angestellte (EVZ)	Organigramm	17.3	Hilfskräfte	0.2		

##### Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)

Nach Untersuchung der Leistungen der Staatskanzlei sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

01 - 01	Leistungen „Post“ und „Telefonzentrale“: striktere Weisungen für den Postversand und die Telefonbenutzung (einschliesslich Verwendung des PIN-Codes für private Gespräche)	150'000.-
01 - 02	Leistung „Protokoll des Staatsrates“: Kürzung der Beiträge an Blaskapellen	7'000.-
01 - 03	Leistung „Protokoll des Staatsrates“: Kürzungen der Beiträge an die Stiftung Schloss Mercier	10'000.-

01-04	Leistung „Protokoll des Staatsrates“: Dotationskapital der Stiftung Schloss Saint-Maurice. Einmalige Auszahlung im Jahr 2004. Dieser Betrag darf im Jahr 2005 nicht erneut ausgezahlt werden	100'000.-
01-05	Reduktion des Sachaufwands (15% der Rubrik 31, mit Ausnahme der Leistungen „Post“ und „Telefonzentrale“ [siehe Massnahme 01-01])	22'000.-
	<i>Total</i>	289'000.-

**Bemerkungen**

Die mögliche Erhöhung der durch die Staatskanzlei erhobenen Gebühren wird bei den allgemeinen Massnahmen (Kapitel 8.11 - allgemeine Massnahmen zur Erreichung des Ziels) behandelt.

**8.5.2 Kantonales Finanzinspektorat**

**Allgemeine Informationen**

Aufgaben	Kontrolle des Finanzhaushalts des Staates Wallis gemäss FHG und Mandate aufgrund anderer Gesetzesbestimmungen (Tourismus, Casinos)					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	2'827'800.-	<i>Einnahmen</i>	234'000.-	<i>netto</i>	2'593'800.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	46'000.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	46'000.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	16 (0.4 vakant)	<i>Hilfskräfte</i>	0		

**Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahme:

02-01	Reduktion des Sachaufwands (15% der Rubriken 31)	46'000.-
	<i>Total</i>	46'000.-

**8.5.3 Information**

**Allgemeine Informationen**

Aufgaben	Information der Öffentlichkeit, der Medien, der Behörden und der Verwaltung sowie Kommunikation					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	876'700.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	876'700.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	39'000.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	39'000.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	3.5 (1 vakant)	<i>Hilfskräfte</i>	1		

**Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahme:

03 - 01	Reduktion des Sachaufwands (15% der Rubriken 31)	39'000.-
	<i>Total</i>	39'000.-

### 8.5.4 Zentrum für Verwaltungsmanagement

#### Allgemeine Informationen

Aufgaben	Entwicklung und Umsetzung der neuen Grundsätze und Instrumente zur Führung und Verwaltung des Staates und seiner Verwaltung					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	1'228'200.-	<i>Einnahmen</i>	6'000.-	<i>netto</i>	1'222'200.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	13'000.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	13'000.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	2	<i>Hilfskräfte</i>	5		

#### Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)

Nach Untersuchung der Leistungen des ZVM sowie dessen Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahme:

04 - 01	Reduktion des Sachaufwands (15% der Rubriken 31)	13'000.-
	<i>Total</i>	13'000.-

### 8.6 Departement für Finanzen, Landwirtschaft und äussere Angelegenheiten

#### 8.6.1 Finanzverwaltung

#### Allgemeine Informationen

Aufgaben	Organisation und Unterstützung im Finanzbereich (Finanzanalyse und -planung; Hauptbuchhaltung, Löhne und Tresorerie; Logistik: Ökonomat, Versicherungen, Statistiken;...)					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	127'634'000.-	<i>Einnahmen</i>	305'217'800.-	<i>netto</i>	177'583'800.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	780'000.-	<i>Einnahmen</i>	siehe Entwicklung Kantoneinnahmen	<i>netto</i>	780'000.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	46.5 (1 vakant)	<i>Hilfskräfte</i>	1		

#### Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

05 - 01	Leistung „Ökonomat“: Reduktion der Ausgaben (Büromaterialien 7.5% von rund 3.5 Millionen, Mobiliar 20% von 900'000, Investitionen Mobilien und Maschinen 20% von 150'000.-). Diese Beträge werden den verschiedenen Dienststellen der Verwaltung belastet (interne Verrechnungen)	480'000.-
05 - 02	Reduktion des Sachaufwands (Ökonomat, Fonds für Selbstversicherung)	300'000.-

	und Unterhalt des Finanzvermögens ausgenommen)	
	<i>Total</i>	780'000.-

**Bemerkungen**

Die Entwicklung der Einnahmen, die der Finanzverwaltung zugerechnet werden (SNB-Gewinn, Mineralölsteuer, LSVA...) sind in den Finanzperspektiven berücksichtigt.

**8.6.2 Steuerverwaltung**

**Allgemeine Informationen**

Aufgaben	Definition der Steuerpolitik; Erhebung der Steuern				
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	53'062'700.-	<i>Einnahmen</i>	953'706'000.-	<i>netto</i> 900'643'300.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	100'000.-	<i>Einnahmen</i>	16'600'000.-	<i>netto</i> 16'700'000.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	136.55	<i>Hilfskräfte</i>	7	

**Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

6 - 01	Die Kommission verzichtet darauf, den Sachaufwand im selben Verhältnis wie für die anderen Dienststellen zu reduzieren, fordert aber im Gegenzug eine Steigerung der Steuereffizienz und -produktivität (Steigerung, die in den nachstehenden zusätzlichen Einnahmen nicht enthalten ist)	100'000.-
	<i>Total</i>	100'000.-

**Zusätzliche Einnahmen**

6 - 02	Anstellung von 11 zusätzlichen Einschätzern und Steuerexperten (privatrechtliche Verträge), mittels Abschluss eines durch das Finanzinspektorat kontrollierten Leistungsauftrags (Nettobetrag) [siehe Bemerkungen]	5'000'000.-
6 - 03	Einkassierung einer Gebühr von 3% bei den Gemeinden für die Erhebung der Quellensteuer	600'000.-
6 - 04	Anpassung - für eine auf zwei Jahre begrenzte Dauer - der Steuerwerte an die Katastertaxen (die landwirtschaftlichen Grundstücke werden von dieser Massnahme ausgeschlossen)	11'000'000.-
	<i>Total</i>	16'600'000.-

**Bemerkungen**

Angesichts der schwierigen Lage der Kantonsfinanzen und unter Berücksichtigung der geforderten Reduktion der Staatsausgaben kann sich die Kommission mit der mehrfach vom Staatsrat geforderten Erhöhung der Einnahmen einverstanden erklären, sofern vorgängig ausreichende Sparmassnahmen - Reduktion der Ausgaben der Laufenden Rechnung in der

Grössenordnung von 70 Millionen; Reduktion der Investition in der Grössenordnung von 31 Millionen - ergriffen werden (siehe Kapitel 8.11 und Schlussfolgerungen).

Die Anstellung von zusätzlichen Einschätzern und Steuerexperten unterliegt zudem folgenden Bedingungen:

- Anstellung im privatrechtlichen Verhältnis
- Führen über vertraglich festgelegte Zielvorgaben (Leistungsauftrag)
- Überprüfung der Erreichung der im Leistungsauftrag festgelegten Ziele durch das Finanzinspektorat (Kontrolle der definitiven und vollstreckbaren Aufrechnungen, die von den zusätzlichen Steuerexperten vorgeschlagen werden)
- detaillierter Bericht zuhanden des Grossen Rates über die Erfüllung des Leistungsauftrags
- Abbruch der Übung, falls die erhofften Ergebnisse ausbleiben
- Annahme sämtlicher für eine allfällige Rückkehr zum Status quo ante nötigen Massnahmen.

Die Anpassung der Steuerwerte an die Katastertaxen unterliegt zudem folgenden Bedingungen:

- auf zwei Jahre begrenzte Anpassung
- zwingende Revision sämtlicher Katastertaxen in diesem Zeitraum.

### 8.6.3 Dienststelle für Personal und Organisation

#### **Allgemeine Informationen**

Aufgaben	Personalpolitik (Definition und Verwaltung der Rahmenbedingungen, Personalgewinnung, Personalverwaltung, Kompetenzentwicklung, Anerkennung...) und organisatorische Verwaltung (Arbeitszeitverwaltung, Verwaltung der Organigramme...)					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	3'640'500.-	<i>Einnahmen</i>	43'000.-	<i>netto</i>	3'597'500.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	321'000.-	<i>Einnahmen</i>	10'000.-	<i>netto</i>	331'000.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	9	<i>Hilfskräfte</i>	4.5		

#### **Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

7-01	Leistung „Entlohnung und Anerkennung des Personals“: Kürzung des für den Kauf von Dienstaltersgeschenken aufgewendeten Betrags (Geschenke, die nach 25 Dienstjahren oder anlässlich der Pensionierung überreicht werden)	70'000.-
7-02	Leistung „Praktikanten“: Einschränkung der Praktikummöglichkeiten (einschl. GETAC-Praktika)	130'000.-
7-03	Leistung „Personalabgang“: Verzicht auf die Durchführung des Tages der Pensionierten (da dieser Anlass noch nie durchgeführt wurde, schlägt die Kommission vor, auch 2004 darauf zu verzichten, obwohl der Betrag im	21'000.-

	Budget 2004 vorgesehen ist; dies um keinen Präzedenzfall zu schaffen)	
7-04	Leistung „Personalmarketing“: Verringerung der Kosten für Stellenanzeigen	20'000.-
7-05	Reduktion des Sachaufwands der Dienststelle	80'000.-
	<i>Total</i>	321'000.-

**Zusätzliche Einnahmen**

7-07	Leistung „Personalentwicklung“: Fakturierung der effektiven Kosten der durch den Staat Wallis durchgeführten Schulungen, die durch Personal der Gemeinden und Institutionen besucht werden	10'000.-
------	--	----------

**8.6.4 Dienststelle für Datenverarbeitung**

**Allgemeine Informationen**

Aufgaben	Entwicklung einer integralen und kohärenten Informatikstruktur, die zur Modernisierung des Staates beiträgt (Informatikstrategie des Staates, Entwicklung von Informatikapplikationen, Informatikinfrastruktur und -material, Benutzersupport)					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	17'251'800.-	<i>Einnahmen</i>	22'500.-	<i>Netto</i>	17'229'300.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	1'660'000.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>Netto</i>	1'660'000.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	28.75	<i>Hilfskräfte</i>	6.5, „gemietetes“ Personal 3.4		

**Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

8-01	Rationalisierung des Sachaufwands und der Investitionen (beispielsweise Neuüberprüfung des Outsourcings des Help-Desks, langsamere Erneuerung des Informatikparks, Verringerung der Dienstleistungen und Honorare), zeitliche Staffelung von Projekten, die weniger prioritär sind:	
	<i>laufende Rechnung</i>	1'320'000.-
	<i>Investitionsrechnung</i>	340'000.-
	<i>Total</i>	1'660'000.-

**Bemerkungen**

Die Zusammenfassung der Informatikaufgaben bei der Dienststelle für Datenverarbeitung (DDV) sollte Synergien bringen, die sich bereits positiv auf die Budgets 2005 (weitgehend bei den übrigen Dienststellen und nicht bei der DDV) auswirken dürften. Diese Zusammenfassung muss überdies die Transparenz in Sachen Informatikkosten, die gegenwärtig auf die gesamte Verwaltung verteilt sind, erhöhen. Da es unmöglich ist, die Vorteile aufgrund der Integration der Informatikaufgaben zu beziffern, sind diese weder in

den von der Kommission für die DDV vorgeschlagenen Sparmassnahmen, noch in der vorgeschlagenen Verringerung des Sachaufwands für die übrigen Dienststellen enthalten.

### 8.6.5 Rechtsdienst des Finanzdepartements

#### Allgemeine Informationen

Aufgaben	Juristische und administrative Unterstützung des Departements; Sekretariat der Steuerrekurskommission					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	718'500.-	<i>Einnahmen</i>	58'000.-	<i>netto</i>	660'500.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	20'000.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	20'000.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	3.5 (0.5 vakant)	<i>Hilfskräfte</i>	0		

#### Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahme:

09 - 01	Reduktion des Sachaufwands (15% der Rubriken 31)	20'000
	<i>Total</i>	20'000.-

#### Bemerkungen

Die mögliche Erhöhung der durch die Dienststelle erhobenen Gebühren wird bei den allgemeinen Massnahmen behandelt (siehe Kapitel 8.11 - allgemeine Massnahmen zur Erreichung des Ziels).

### 8.6.6 Ruhegehaltsordnung der Magistraten

Die Ruhegehaltsordnung der Magistraten wurde von der Kommission nicht untersucht.

### 8.6.7 Dienststelle für Aussenangelegenheiten und Wirtschaftsrecht

#### Allgemeine Informationen

Aufgaben	Wirtschaftsrecht: öffentliches Beschaffungswesen, bäuerliches Bodenrecht und Pacht Aussenangelegenheiten: interkantonale und grenzüberschreitende (Interreg-Projekte...) Zusammenarbeit					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	1'738'600.-	<i>Einnahmen</i>	210'500.-	<i>netto</i>	1'528'100.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	7'500.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	7'500.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	5.9	<i>Hilfskräfte</i>	0.5		

**Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahme:

10 - 01	Reduktion des Sachaufwands (15% der Rubriken 31)	7'500.-
	<i>Total</i>	7'500.-

**Bemerkungen**

Die Kommission verzichtete auf eine Kürzung der Beiträge an die Interreg-Projekte, die einen Grossteil der Ausgaben der Dienststelle ausmachen (vom Personalaufwand abgesehen), dies angesichts des Multiplikatoreffekts, den diese Projekte auf die Walliser Wirtschaft haben (Projekte, die von der EU und durch den Bund mitfinanziert werden).

Die mögliche Erhöhung der durch die Dienststelle erhobenen Gebühren wird bei den allgemeinen Massnahmen behandelt (siehe Kapitel 8.11 - allgemeine Massnahmen zur Erreichung des Ziels).

**8.6.8 Dienststelle für Vermessung**

**Allgemeine Informationen**

Aufgaben	Aktualisierung der Grundbuchvermessungen, der Triangulation, der Übersichtspläne; Führung des geomatischen Kompetenzzentrums					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	11'237'900.-	<i>Einnahmen</i>	6'035'000.-	<i>netto</i>	5'202'900.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	530'000.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	530'000.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	11	<i>Hilfskräfte</i>	0.5		

**Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

11 - 01	Leistung "Triangulation": Reduktion der Anzahl Fixpunkte durch Einführung des neuen Koordinatensystems des Bundes	150'000.-
11 - 02	Leistung „Geomatisches Kompetenzzentrum“: Entwicklung des Kompetenzzentrums und Nutzung von Synergien zwischen jenen Dienststellen, die geomatische Daten verwenden. Gegebenenfalls gilt dieser Betrag auch für andere Dienststellen, welche die Leistungen des geomatischen Kompetenzzentrums nutzen.	350'000.-
11 - 03	Reduktion des Sachaufwands der Dienststelle	30'000.-
	<i>Total</i>	530'000.-

### 8.6.9 Dienststelle für Grundbuchämter

#### Allgemeine Informationen

Aufgaben	Gewährleistung des korrekten Ablaufs im Immobilienrecht (Führung der Grundbücher, Einführung des eidgenössischen Grundbuchs), Durchsetzung der Bestimmungen des Stempelrechts und des Gesetzes über das Notariat.					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	8'361'100.-	<i>Einnahmen</i>	54'602'000.-	<i>netto</i>	46'240'900.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	60'000.-	<i>Einnahmen</i>	siehe Bemerkungen	<i>netto</i>	60'000.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	51.7	<i>Hilfskräfte</i>	8.7		

#### Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahme:

12 - 01	Reduktion des Sachaufwands	60'000.-
	<i>Total</i>	60'000.-

#### Bemerkungen

Die Kommission berücksichtigte die neuen Gebührentarife sowie die Liberalisierung bei den Schuldbriefen nicht (Gebührenerhöhungen werden bei den allgemeinen Massnahmen behandelt).

### 8.6.10 Dienststelle für Landwirtschaft

#### Allgemeine Informationen

Aufgaben	Förderung einer produktiven, nachhaltigen, bedarfsorientierten und umweltgerechten Walliser Landwirtschaft, welche an die neue Landwirtschaftspolitik des Bundes angepasst ist.					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	171'492'700.-	<i>Einnahmen</i>	146'105'000.-	<i>netto</i>	25'387'700.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	1'897'200.-	<i>Einnahmen</i>	79'000.- (4'700'000.-)	<i>netto</i>	1'976'200.- (6'676'200.-)
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	104.45	<i>Hilfskräfte</i>	32.53		

#### Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

13 - 01	Leistung "Direktion – interne Arbeitsgruppen" Vereinfachung der Arbeit der Kommission <i>Bekämpfung schädlicher Einwirkungen auf die Vegetation</i>	3'000.-
13 - 02	Leistung "Konzipierung und Planung des ländlichen Raumes": Begrenzung der unterstützten Projekte (Mandate abhängig von ÖQV-Vernetzungen / Direktzahlungen)	70'000.-
13 - 03	Leistung "Konzipierung und Planung des ländlichen Raumes": Reduktion der Studien auf dem Gebiet der Bodenverbesserungen	20'000.-
13 - 04	Leistung "Realisierung, Unterhalt und Instandsetzung von strukturellen Verbesserungen": Auflösung der Kommission für Agrarkredite	48'000.-
13 - 05	Leistung "Realisierung, Unterhalt und Instandsetzung von strukturellen Verbesserungen": Subventionskürzung für die Sanierung der Käsereien (Programm steht kurz vor Abschluss)	50'000.-
13 - 06	Leistung "Realisierung, Unterhalt und Instandsetzung von strukturellen Verbesserungen": Bodenverbesserungen - Beteiligungen an Investitionen Dritter: Kürzung der Finanzhilfen (Trinkwasser: 23'000.-; Bewässerung: 60'000; Güterzusammenlegung: 52'000; landwirtschaftliche Strassen: 56'000; Entwicklung des ländlichen Raumes: 40'000.-)	231'000.-
13 - 07	Leistung "Beratung und direkte Unterstützung der Betriebe": Reduktion der direkten Beratung der Betriebe (insbesondere Streichung der Gruppenchefs)	75'000.-
13 - 08	Leistung "Beratung und direkte Unterstützung der Betriebe": Gezielter Einsatz der Beiträge zur Ausmerzung von Vieh	150'000.-
13 - 09	Leistung "Beratung und direkte Unterstützung der Betriebe": Kürzung der Subventionen für Weiterbildung, Kürzung des Beitrags an das Konzept zur Entwicklung des ländlichen Raumes	5'000.-
13 - 10	Leistung "Forschung und Entwicklung neuer Technologien und Sorten": Streichung der Subventionen an Valplantes und Agrarforschungszentrum des Fougères, jedoch Beibehaltung der Förderung von Heilpflanzen	20'000.-
13 - 11	Leistung "Forschung und Entwicklung neuer Technologien und Sorten": Kürzung um 10% der Subventionen für die Bekämpfung im allgemeinen Interesse von gewissen Schädlingen (Traubenwickler, SJS...) und Reduktion der Hilfskräfte zur Überwachung des Feuerbrands	69'000.-
13 - 12	Leistung "Forschung und Entwicklung neuer Technologien und Sorten": Streichung der Subvention für die Erneuerung der Aprikosenkulturen (Ende des Programms)	250'000.-
13 - 13	Leistung "Inspektion und Beratung im Bereich Milchwirtschaft": Streichung der Mietzahlungen für Heimbüros	4'700.-
13 - 14	Leistung "Unterstützung von Berufsverbänden und landwirtschaftlichen Organisationen": Streichung oder Kürzung der Subventionen an den OBV und den BWW; Kürzung der Subventionen für delegierte Aufgaben (Zählung der Obstkulturen und Ernteschätzungen)	97'000.-
13 - 15	Leistung "Absatzförderung und Verwertung der Walliser Landwirtschaftsprodukte": Reduktion um 50% der Qualitätsprämien für Raclettekäse	47'500.-

13 - 16	Leistung "Grundausbildung": Reduktion der Ausgaben (Möbelkauf) der Schulen von Visp und Châteauneuf	20'000.-
13 - 17	Leistung "Grundausbildung": Reduktion der Investitionen in die Gebäude	170'000.-
13 - 18	Leistung „Verwaltung der Gutsbetriebe“: Reduktion der Ausgaben (Möbelkauf) der Gutsbetriebe von Châteauneuf, Visp und Les Barges	50'000.-
13 - 19	Kürzung der spezifischen kantonalen Beiträge zur Erhaltung der einheimischen Rassen in Ergänzung der Massnahmen des Bundes um 10%	67'000.-
13 - 20	Kürzung der Subventionen für "technologische Innovationen"	100'000.-
13 - 25	Reduktion des Sachaufwands der Dienststelle	350'000.-
	<i>Total</i>	1'897'200.- -

### **Zusätzliche Einnahmen – Rückzahlung von Darlehen**

13 - 26	Leistung "Realisierung, Unterhalt und Instandsetzung von strukturellen Verbesserungen": Kürzung der Darlehen und schnellere Rückzahlungen von Agrarkrediten	4'700'000.-
13 - 27	Erhöhung der Einnahmen (Verkauf von Produkten) der Gutsbetriebe von Châteauneuf, Visp und Les Barges	65'000.-
13 - 28	Leistung "Information": Mehr Abonnemente für Mitteilungen zum Pflanzenschutz	14'000.-
	<i>Total</i>	79'000.- (4'700'000)

### **Bemerkungen**

Die Streichung von Fr. 1 Mio., welche 2004 für die Umstellung im Weinbau vorgesehen war (in Wirklichkeit Nachtragskredit für 2003), darf nicht als Sparmassnahme angesehen werden, sondern als Budgetanpassung (Nachtragskredit für 2003, kein Kredit für 2004 und erst recht nicht für 2005).

Die zusätzlich möglichen Einnahmen (Verrechnung von Bodenverbesserungen, Verrechnung von Leistungen zugunsten von Gemeinden und Verbänden bei Baulandumlegungen, Aufsicht Viehwirtschaft, Erhöhung der Tarife für Leistungen im buchhalterischen Bereich, Erhöhung des Schulgeldes der landwirtschaftlichen Schulen) werden bei den allgemeinen Massnahmen behandelt (siehe Kapitel 8.11).

Die Kommission möchte hervorheben, dass sie von der Dienststelle für Landwirtschaft mit sehr nützlichen Informationen versorgt wurde.

## 8.7 Departement für Gesundheit, Sozialwesen und Energie

### 8.7.1 Dienststelle für Gesundheitswesen

#### Allgemeine Informationen

Aufgaben	Gesundheitsförderung und Prävention; heilende und palliative Betreuung; Subventionierung der Krankenversicherungsprämien					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	391'486'500	<i>Einnahmen</i>	133'008'000	<i>netto</i>	258'478'500
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	2'608'200 (14'008'200)	<i>Einnahmen</i>	0	<i>netto</i>	2'608'200 (14'008'200)
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	16.9	<i>Hilfskräfte</i>	2.8 und 3 „andere“		

#### Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

14 - 01	Leistung „Gesundheitsobservatorium“: Kürzung der Subventionen (Rationalisierung nach Schaffung des GNW nötig)	420'000.-
14 - 02	Leistung „Spitalversorgung“: Identische Betriebssubvention 2005 wie 2004 (Einsparung von +1% gegenüber dem Vorschlag des Departements)	(1'400'000.-)
14 - 03	Leistung „Spitalversorgung“: Auf eventuelle Nachtragskreditbegehren des GNW wird nicht eingetreten (dieser Betrag „kompensiert“ die 10 Mio., welche in der Planung für einen eventuellen Nachtragskredit des GNW vorgesehen sind)	(10'000'000.-)
14 - 04	Leistung „Spitalversorgung“: Verringerung der Investitionen	1'093'200.-
14 - 05	Leistung "Pflege zu Hause": Kürzung der Subventionen an die Schwangerschaftsberatungsstellen	210'000.-
14 - 06	Leistung "Organisation des Rettungswesens": Kürzung der Subventionen an die KWRO für den Betrieb der Zentrale und die Organisation des Rettungswesens	705'000.-
14 - 07	Leistung "Organisation des Rettungswesens": Verringerung der Investitionen an die KWRO	100'000.-
14 - 08	Reduktion des Sachaufwands der Dienststelle (Ausgaben für Prävention ausgenommen)	80'000.-
	<i>Total</i>	2'608'200.- (14'008'200)

#### Bemerkungen

Die Schaffung des GNW muss sich im Jahr 2005 durch konkrete Einsparungen bemerkbar machen, da die neue Struktur sonst nicht glaubwürdig wäre, insbesondere in Anbetracht der Opfer, die von der Walliser Bevölkerung verlangt wurden.

Als staatliche Anstalten sind die PIU (Monthey) und das WZP (Montana) in den Subventionen des GNW inbegriffen.

### 8.7.2 Kantonales medizinischpädagogisches Zentrum La Castalie

#### Allgemeine Informationen

Aufgaben	Betreuung von Personen mit einer geistigen oder mehrfachen Behinderung					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	23'686'700.-	<i>Einnahmen</i>	19'222'800.-	<i>netto</i>	4'463'900.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>		<i>Einnahmen</i>		<i>netto</i>	siehe unten
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	176.1 (6 vakant)	<i>Hilfskräfte</i>	20.9 und 5 „gemietete“		

#### Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

17 - 01	Als Antwort auf die angekündigten Kürzungen der Subventionen des Bundes muss rationalisiert werden (Zusammenlegung der Tätigkeiten von La Castalie, Reduktion des Sachaufwands ohne direkte Auswirkungen auf die Pensionäre...)	
---------	---	--

### 8.7.3 Veterinärdienst

#### Allgemeine Informationen

Aufgaben	Förderung der Sicherheit von tierischen Lebensmitteln, Kampf gegen Tierseuchen, Kontrolle des Wohlergehens der Tiere, Hundekontrolle					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	1'421'000.-	<i>Einnahmen</i>	272'500.-	<i>netto</i>	1'148'500.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	88'500.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	88'500.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	4	<i>Hilfskräfte</i>	0		

#### Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahme:

18 - 01	Reduktion des Sachaufwands der Dienststelle (15% der Rubriken 31)	88'500.-
	<i>Total</i>	88'500.-

**Bemerkungen**

Die voraussichtliche Erhöhung der Einnahmen (Änderung des Tierseuchengesetzes / Seuchenfonds, Erhöhung der Tarife für Leistungen auf dem Gebiet des Tierschutzes...) wird bei den allgemeinen Massnahmen behandelt.

Die zusätzlichen Kontrollarbeiten aufgrund der bilateralen Verträge müssen durch interne Massnahmen kompensiert werden.

**8.7.4 Dienststelle für Sozialwesen**

**Allgemeine Informationen**

Aufgaben	Unterstützung und Koordination der sozialen und wirtschaftlichen Integration von hilfsbedürftigen und behinderten Personen; Inkasso und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen					
Budget 2004	Ausgaben	71'043'500.-	Einnahmen	45'133'100.-	netto	25'910'400.-
				-		
Einsparungen	Ausgaben	1'784'600.-	Einnahmen	0.-	netto	1'784'600.-
Angestellte (EVZ)	Organigramm	11.1	Hilfskräfte	1.9 („gemietetes“ Personal: 0.5)		

**Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

19-01	Leistung „Berufliche und soziale Eingliederung behinderter Menschen“: Reduktion der Subventionen an spezialisierte Institutionen für den Kauf von Einrichtungsmaterial	20'000.-
19-02	Leistung „Berufliche und soziale Eingliederung behinderter Menschen“: Reduktion der Subventionen an die Gemeinden zur Beseitigung von architektonischen Hindernissen	200'000.-
19-03	Leistung: „Subventionierung und Überwachung der spezialisierten Institutionen“: Kürzung der Subventionen für den Bau und die Renovation von Institutionen	564'600.-
19-04	Reduktion des Sachaufwands der Dienststelle und der subventionierten Institutionen	1'000'000.-
	<b>Total</b>	<b>1'784'600.-</b>

**8.7.5 Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Dienstverhältnisse**

**Allgemeine Informationen**

Aufgaben	Förderung der Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, Prävention von Arbeitskonflikten, Förderung von Sozialverträgen und der Einhaltung von Arbeitsbedingungen
----------	--

Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	3'723'000.-	<i>Einnahmen</i>	573'000.-	<i>netto</i>	3'150'000.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	198'000.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	198'000.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	14	<i>Hilfskräfte</i>	2		

**Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

20 - 01	Leistung "Sozialleistungs- und Lohndumping": Reduktion der Finanzhilfe an die kantonale Kommission zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (für die Kontrolle von Arbeitskräften, welche aus der EU in die Schweiz entsandt werden und nicht für die Kontrolle der Schwarzarbeit)	100'000.-
20 - 02	Streichung der Finanzhilfe an das Bistum für die geistige Betreuung von Fremdarbeitern	39'000.-
20 - 03	Reduktion des Sachaufwands der Dienststelle (15% der Rubriken 31))	59'000.-
	<i>Total</i>	<i>198'000.-</i>

**8.7.6 Subventionierung der Sozialversicherungen**

Die Kommission prüfte die Subventionierung der Sozialversicherungen nicht näher, da sie davon ausgeht, dass diese für 2005 unverändert bleibt, bzw. dass ihre Entwicklung der „natürlichen“, in der Planung vorgesehenen Entwicklung der Subventionen folgt. Falls dies nicht der Fall wäre, müssten zusätzliche Sparmassnahmen getroffen werden.

**8.7.7 Dienststelle für Energie**

**Allgemeine Informationen**

Aufgaben	Förderung der rationellen Energienutzung (Energiesparen, Förderung erneuerbarer Energien); Entwicklung von Rahmenbedingungen, die eine sichere und wirtschaftliche Energieversorgung begünstigen					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	2'228'400.-	<i>Einnahmen</i>	534'800.-	<i>netto</i>	1'693'600.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	208'000.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	208'000.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	3.3	<i>Hilfskräfte</i>	1		

**Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

22 - 01	Leistung "Rationelle Energienutzung im Gebäudebereich / Minergie": Reduktion der Finanzhilfen an Bauherren, welche nach MINERGIE-Standard bauen (Nettosumme für den Kanton)	80'000.-
22 - 02	Leistung "Rationelle Energienutzung von Körperschaften / Gemeinden"	3'000.-

	Streichung der Subvention für Energieberatung in den Regionen infolge Schliessung der letzten Energieberatungsstelle	
22 - 03	Leistung "Förderung erneuerbarer Energien": Reduktion von Finanzhilfen (Nettosumme für den Kanton)	80'000.-
22 - 04	Leistung "Studien und Forschung auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien": Kürzung der Subventionen an das CREM	10'000.-
22 - 05	Reduktion des Sachaufwands der Dienststelle (15% der Rubriken 31)	35'000.-
	<i>Total</i>	<i>208'000.-</i>

### 8.7.8 Dienststelle für Wasserkraft

#### Allgemeine Informationen

Aufgaben	Wahrung der Interessen des Kantons im Bereich der Wasserkraft (Nutzung und Entwicklung der Wasserkraftanlagen, Verwaltung der Wasserkräfte, Erhebung der Sondersteuer,...)					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	58'839'200.-	<i>Einnahmen</i>	106'402'000.-	<i>netto</i>	47'562'800.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	59'000.-	<i>Einnahmen</i>	siehe Bemerkungen	<i>netto</i>	59'000.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	4 (0.3 vakant)	<i>Hilfskräfte</i>	2		

#### Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahme:

23 - 01	Reduktion des Sachaufwands der Dienststelle (15% der Rubriken 31)	59'000.-
	<i>Total</i>	<i>59'000.-</i>

#### Bemerkungen

Die Dienststelle hat die Prioritäten so zu setzen, dass sie mehr Zeit für das Inkasso der besonderen Wasserkraftsteuer und der Wasserzinsen der Rhone zur Verfügung hat (möglicher Nettogewinn laut Dienststelle: 500'000 Franken). Gegebenenfalls müssen Synergien mit der Dienststelle für Energie gefunden werden.

## 8.8 Departement für Erziehung, Kultur und Sport

### 8.8.1 Verwaltungs- und Rechtsdienst

#### **Allgemeine Informationen**

Aufgaben	Stabsstelle des Departements (zentrale Dienste des Departements, Stipendien und Ausbildungsdarlehen), Sport (Jugend und Sport, Sportzentrum Ovronnaz), Wallis-Universitäten, Kulturschaffen und –verbreitung (Kulturrat, Kunst- und Musikausbildung, Kulturpeis)					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	72'738'800.-	<i>Einnahmen</i>	20'069'700.-	<i>netto</i>	52'669'100.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	1'320'000.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	1'320'000.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	26.7	<i>Hilfskräfte</i>	4.1		

#### **Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

24 - 01	Leistung „universitäre Ausbildung im Wallis“ und „universitäre Forschung im Wallis“: Kürzung der Beiträge an die universitären Bildungs- und Forschungsstätten	305'000.-
24 - 02	Leistung „Unterstützung kultureller Aktivitäten“: Streichung der Beiträge an den Fonds „Tourismus und Kultur DEKS /DVIS / Loterie romande“	200'000.-
24 - 03	Leistung „Unterstützung kultureller Aktivitäten“ und „Kulturpreise“: Kürzung der Beiträge für kulturelle Aktivitäten, Förderpreis, Preis des Staates Wallis	158'000.-
24 - 04	Leistung „Kunst- und Musikausbildung“: Kürzung der Beiträge an die Kunst- und Musikschulen	322'000.-
24 - 05	Leistung „Unterstützung kultureller Aktivitäten in den Schulen“: Streichung der Beiträge an die Kulturprojekte in den kommunalen, interkommunalen und kantonalen Schulen	255'000.-
24 - 06	Reduktion des Sachaufwands	80'000.-
	<i>Total</i>	<b>1'320'000.-</b>

#### **Bemerkungen**

Die mögliche Erhöhung der Einnahmen (Erhöhung der Einschreibgebühren für die Sportlehrerausbildungen, Erhöhung der Übernachtungstarife im Sportzentrum Ovronnaz...) wird bei den allgemeinen Massnahmen behandelt (siehe Kapitel 8.11).

## 8.8.2 Kantonale Dienststelle für die Jugend

### Allgemeine Informationen

Aufgaben	Jugendpolitik: Massnahmen zur Förderung, zur Unterstützung, zur Prävention und zum Schutz der Jugend...					
Budget 2004	Ausgaben	23'231'700.-	Einnahmen	5'103'100.-	netto	18'128'600.-
Einsparungen	Ausgaben	449'500.-	Einnahmen	0.-	netto	449'500.-
Angestellte (EVZ)	Organigramm	54.95 (1 vakant)	Hilfskräfte	2.5		

### Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

25 - 01	Leistung „Finanzhilfen für die Strukturen im Bereich der Tagesbetreuung“: verschiedenen Rationalisierungsmassnahmen	50'000.-
27 - 02	Leistung „Beziehung zu den sozialpädagogischen Einrichtungen“: Kürzung der Betriebsbeiträge an die sozialpädagogischen Einrichtungen	300'000.-
26 - 03	Leistung „Beziehung zu den sozialpädagogischen Einrichtungen“: vorübergehende Kürzung der Investitionsbeiträge an die sozialpädagogischen Einrichtungen	50'000.-
28 - 04	Reduktion des Sachaufwands (mit Ausnahme der durch das BSV zurückerstatteten Dienstleistungen und Honorare)	49'500.-
	<b>Total</b>	<b>449'500.-</b>

### Bemerkungen

Die Dienststelle muss von den subventionierten Institutionen die Reduktion des Sachaufwands und die Begrenzung der Erhöhung des Personalaufwands auf 1% fordern, wie dies für die Dienststellen des Staates der Fall ist

## 8.8.3 Dienststelle für tertiäre Bildung

### Allgemeine Informationen

Aufgaben	Förderung der tertiären Bildung und Forschung im Wallis: Ingenieurwesen, Wirtschaft, Informatik, Tourismus (HEVs); Pädagogik (PH); Gesundheit, Sozialwesen (FH-GS), Fernfachhochschulen, Musik, Theater...					
Budget 2004	Ausgaben	111'749'100.-	Einnahmen	44'266'200.-	netto	67'482'900.-
Einsparungen	Ausgaben	4'540'000.-	Einnahmen	0.-	netto	4'540'000.-
Angestellte (EVZ)	Organigramm	256.53	Hilfskräfte	60.5		

**Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

26 - 01	Leistung „FH- und HF-Ausbildung und Forschung in den Bereichen Ingenieurwesen, Wirtschaft, Informatik und Tourismus“: Kürzung des Globalbudgets der HEVs	2'000'000.-
26 - 02	Leistung „Subventionierte Bildung und Forschung“: Kürzung der Beiträge an die FH-GS	800'000.-
26 - 03	Leistung „Bildung und Forschung im Erziehungsbereich“: Reduktion des Globalbudgets der PH im Verhältnis zum Beitrag der Standortgemeinden (Massnahme, die sich an die vom Departement vorgeschlagenen Massnahmen für die HEVs und die FH-GS anlehnt)	820'000.-
26 - 04	Leistung „Subventionierte Bildung und Forschung“: Kürzung des Beitrags and die MHS mittels einer interkantonalen Anerkennung	200'000.-
26 - 05	Leistung „Forschung und Entwicklung im Bereich des Ausbildungssystems / Multimedia“: zeitliche Staffelung der Multimediaprojekte	150'000.-
26 - 06	Leistung „Forschung und Entwicklung im Bereich des Ausbildungssystems / Lehrmittel“: Reduktion der Anschaffung von Schulbüchern	330'000.-
26 - 07	Reduktion des Sachaufwands um 15% (ausser HEVs, PH, Anschaffung von Schulbüchern und Multimediaprojekten)	240'000.-
	<i>Total</i>	4'540'000.-

**Bemerkungen**

Die Kürzung des Beitrags an die FH-GS um 800'000 Franken ist unabhängig von der Rückerstattung des Betrags von 790'000 Franken, die von der Geschäftsprüfungs- und der Finanzkommission in ihrem Bericht über die Rechnung 2003 verlangt wurde.

Die Kommission ist sich darüber im Klaren, dass von der Dienststelle für tertiäre Bildung grosse Anstrengungen verlangt werden. Sie ist der Ansicht, dass im Rahmen der strukturellen Massnahmen für das Jahr 2006 und folgende klare Prioritäten gesetzt werden müssen.

**8.8.4 Dienststelle für Unterrichtswesen**

**Allgemeine Informationen**

Aufgaben	Vor- und Primarschulunterricht, Sekundarstufe I (Orientierungsschule) und II (Kollegium, Diplommittelschule); eigene und subventionierte Schulhausbauten				
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	287'743'500.-	<i>Einnahmen</i>	6'322'500.-	<i>netto</i> 281'421'000.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	4'579'000.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i> 4'579'000.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	27.7	<i>Hilfskräfte</i>	1.2	

**Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

27-01	Leistungen „Vorschulunterricht“ und „Primarschulunterricht“: natürlicher Rückgang der Bestände und Senkung der Anzahl Primarschul- und Kindergartenklassen	700'000.-
27-02	Leistungen „Vorschulunterricht“ und „Primarschulunterricht“: Streichung der Beiträge an die Löhne der Sport-, Musik- und Deutschlehrer, die von den Gemeinden angestellt und entlohnt werden	250'000.-
27-03	Leistungen „Vorschulunterricht“ und „Primarschulunterricht“: Streichung der Beiträge für die Durchführung der Ferienkurse	20'000.-
27-04	Leistungen „Vorschulunterricht“, „Primarschulunterricht“ und „Sekundarstufe I“: Halbierung des Beitrags an die IKT (Informations- und Kommunikationstechnologien) in der obligatorischen Schule	500'000.-
27-05	Leistungen „Primarschulunterricht“ und „Sekundarstufe I“: Beitrag für die Verteilung von Äpfeln in den Schulen	4'000.-
27-06	Leistungen „Primarschulunterricht“ und „Sekundarstufe I“: Streichung der Beiträge für den Klassenaustausch	24'000.-
27-07	Leistungen „Vorschulunterricht“, „Primarschulunterricht“ und „Sekundarstufe I“: Kürzung der Beiträge für das Unterrichtsmaterial	405'000.-
27-08	Leistung „subventionierte Schulhausbauten“: Streichung der Beiträge für Renovationen unter 100'000.-	1'000'000.-
27-09	Leistungen „Unterricht auf Kollegiumsstufe“ und „Unterricht auf Diplomstufe“: Organisation der Schulen der Sekundarstufe II aufgrund eines Koeffizienten pro Basisklasse	1'000'000.-
27-10	Leistungen „Unterricht auf Kollegiumsstufe“ und „Unterricht auf Diplomstufe“: Halbierung des IKT-Beitrags	300'000.-
27-11	Leistungen „Unterricht auf Kollegiumsstufe“ und „Unterricht auf Diplomstufe“: Streichung der Beiträge für Sprachaustausch	21'000.-
27-12	Leistung „Unterricht auf Kollegiumsstufe“: Kürzung der Entschädigung an die Abtei St. Maurice (Neuaushandlung der Bedingungen für das Darlehen für die Renovierung des Kollegiums und Senkung der allgemeinen Kosten analog zu den übrigen Kollegien)	40'000.-
27-13	Reduktion des Sachaufwands (ohne Mieten und eigene Schulhausbauten)	315'000.-
	<b>Total</b>	<b>4'579'000.-</b>

**Bemerkungen**

Die Dienststelle muss von den subventionierten Institutionen die Reduktion des Sachaufwands und die Begrenzung der Erhöhung des Personalaufwands auf 1% fordern, wie dies für die Dienststellen des Staates der Fall ist.

### 8.8.5 Dienststelle für Berufsbildung

#### Allgemeine Informationen

Aufgaben	Berufsbildung: Verwaltung der Lehrverträge, Studien- und Berufsberatung, Berufsbildung und spezialisierte Berufsbildung, berufliche Aus- und Weiterbildung					
Budget 2004	Ausgaben	67'716'100.-	Einnahmen	18'385'200.-	netto	49'350'900.-
Einsparungen	Ausgaben	2'935'000.-	Einnahmen	0.-	netto	2'935'000.-
Angestellte (EVZ)	Organigramm	61.98*	Hilfskräfte	34* (* = ohne Lehrpersonal)		

#### Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

28 - 01	Leistung „Berufsfachschule“: Anpassung der Schulstruktur	500'000.-
28 - 02	Kantonsbeitrag an das Projekt LSB2	735'000.-
28 - 03	Senkung der Investitionen	800'000.-
28 - 04	Reduktion des Sachaufwands (15% der Rubriken 31, Mieten ausgenommen)	900'000.-
	<i>Total</i>	2'935'000.-

#### Bemerkungen

Die allfälligen zusätzlichen Einnahmen (Fakturierung gewisser Leistungen der Studien- und Berufsberatung, Erhöhung der Weiterbildungstarife...) werden in den allgemeinen Massnahmen behandelt (siehe Kapitel 8.11 - allgemeine Massnahmen zur Erreichung des Ziels).

### 8.8.6 Mediathek Wallis

#### Allgemeine Informationen

Aufgaben	Bereitstellung von Dokumenten (Bücher...) für die Öffentlichkeit					
Budget 2004	Ausgaben	6'981'600.-	Einnahmen	208'000.-	netto	6'773'600.-
Einsparungen	Ausgaben	200'000.-	Einnahmen	0.-	netto	200'000.-
Angestellte (EVZ)	Organigramm	26.25	Hilfskräfte	18		

#### Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahme:

29 - 01	Reduktion des Sachaufwands (15% der Rubriken 31)	200'000.-
	<i>Total</i>	200'000.-

### 8.8.7 Kantonsarchiv

#### **Allgemeine Informationen**

Aufgaben	Sammlung, Klassierung und Erhaltung, Verwaltung, Aufwertung der Archivquellen betreffend das Wallis					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	1'373'900.-	<i>Einnahmen</i>	3'000.-	<i>netto</i>	1'370'900.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	16'500.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	16'500.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	6.6 (1.4 vakant)	<i>Hilfskräfte</i>	1		

#### **Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahme:

30 - 01	Reduktion des Sachaufwands (15% der Rubriken 31)	16'500.-
	<i>Total</i>	16'500.-

### 8.8.8 Kantonale Museen

#### **Allgemeine Informationen**

Aufgaben	Anlegen, Erhaltung, Dokumentation und Aufwertung der Sammlungen der kantonalen Museen					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	4'591'300.-	<i>Einnahmen</i>	270'500.-	<i>netto</i>	4'320'800.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	255'000.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	255'000.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	13.6 (0.5 vakant)	<i>Hilfskräfte</i>	11.25, „übrige“ 1.55		

#### **Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahme:

31 - 01	Reduktion des Sachaufwands (15% der Rubriken 31)	255'000.-
	<i>Total</i>	255'000.-

## 8.9 Departement für Volkswirtschaft, Institutionen und Sicherheit

### 8.9.1 Verwaltungs- und Rechtsdienst

#### Allgemeine Informationen

Aufgaben	Administrative und juristische Unterstützung des Departements für Volkswirtschaft, Institutionen und Sicherheit; Unterstützung und Überwachung bei Zivil- und Verwaltungsangelegenheiten (Überwachung und Unterstützung der Stiftungen, der Institutionen der zweiten Säule und der Vormundschaftsbehörden; Überwachung der Notare, der Handelsregisterämter, der Betreibungs- und Konkursämter); Vollzug der Strafurteile  Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau  Verwaltung der verstaatlichten Betreibungs- und Konkursämter Sitten und Siders					
Budget 2004	Ausgaben	6'562'400.-	Einnahmen	8'830'400.-	netto	2'268'000.-
Einsparungen	Ausgaben	136'400.-	Einnahmen	0.-	netto	136'400.-
Angestellte (EVZ)	Organigramm	35.3	Hilfskräfte	3.5		

#### Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

32 – 01	Leistung „Verwaltungsführung“: Streichung des Beitrags an das Schweizerische Institut für Rechtsvergleichung	10'000.-
32 – 02	Leistung „Aufsicht über die Vormundschaftsbehörden“: Verringerung der Zahl der zu kontrollierenden Vormundschaftsämter aufgrund der beschlossenen oder noch zu beschliessenden Zusammenlegungen	10'000.-
32 – 03	Leistung „Förderung der Gleichstellung zwischen Mann und Frau“: Reduktion der Finanzhilfen an Organisationen, die Programme zur Förderung der Gleichstellung zwischen Mann und Frau erarbeiten	16'400.-
32 – 04	Reduktion des Sachaufwands des Verwaltungs- und Rechtsdienstes, des Gleichstellungsbüros und der Betreibungs- und Konkursämter	100'000.-
	<i>Total</i>	<i>136'400.-</i>

#### Bemerkungen

Die mögliche Erhöhung der durch die Dienststelle erhobenen Gebühren wird bei den allgemeinen Massnahmen behandelt (siehe Kapitel 8.11).

Die vom Staatsrat gewünschte Verstaatlichung sämtlicher Betreibungs- und Konkursämter scheint für das Jahr 2005 nicht möglich (geschätzte zusätzliche Nettoeinnahmen: 500'000 Franken pro Jahr). Diese Massnahme muss in den strukturellen Massnahmen für das Jahr 2006 und folgende in Betracht gezogen werden.

## 8.9.2 Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle

### Allgemeine Informationen

Aufgaben	Organisation und Verwaltung des Zivilstandswesens (Bearbeitung der Dossiers, Ausweisdokumente), Einbürgerungen; Fremdenpolizei (Aufenthaltsbewilligungen, Bekämpfung der Schwarzarbeit, Ausländerintegration, Zwangsmassnahmen); Verwaltung des Asylwesens (Verwaltung der Asyldossiers, Organisation und Kontrolle der Ausschaffungen)					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	9'690'200.-	<i>Einnahmen</i>	4'493'000.-	<i>netto</i>	5'197'200.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	107'000.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	107'000.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	41.2	<i>Hilfskräfte</i>	15.8 (darunter ein Grossteil des Personals der Haftanstalt [BGZ] Pramont)		

### Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

34 – 01	Leistung „Organisation und Verwaltung des Zivistandswesens“: Streichung der Beiträge an Büroeinrichtungen der Zivilstandsämter	13'000.-
34 – 02	Leistung „Organisation und Verwaltung des Zivistandswesens“: Streichung der Beiträge an die Verbände der Zivilstandsbeamten	2'000.-
34 – 03	Reduktion des Sachaufwands (Haftanstalt [BGZ] Pramont ausgenommen)	92'000.-
	<i>Total</i>	<i>107'000.-</i>

### Bemerkungen

Die mögliche Erhöhung der Einnahmen (Leistung „Bekämpfung der Schwarzarbeit“: mögliche Erhöhung der Bussen) wird bei den allgemeinen Massnahmen behandelt (siehe Kapitel 8.11 - allgemeine Massnahmen zur Erreichung des Ziels).

## 8.9.3 Strafanstalten

### Allgemeine Informationen

Aufgaben	Leitung und Verwaltung der fünf Strafanstalten des Kantons (drei Untersuchungsgefängnisse, eine Strafkolonie und eine Arbeitserziehungsanstalt)					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	18'906'200.-	<i>Einnahmen</i>	8'300'500.-	<i>netto</i>	10'605'700.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	82'000.-	<i>Einnahmen</i>	0	<i>netto</i>	82'000.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	74	<i>Hilfskräfte</i>	9.5		

**Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

35 – 01	Zentralisierung der Medikamentenbeschaffung und Fortsetzung der Anstrengungen zur Eintreibung der Gesundheitskosten	30'000.-
35 – 02	Reduktion des Sachaufwands	52'000.-
	<i>Total</i>	82'000

**Bemerkungen**

Die mögliche Erhöhung der Einnahmen (Verkauf der Werkstattprodukte) wird bei den allgemeinen Massnahmen behandelt (siehe Kapitel 8.11).

**8.9.4 Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt**

**Allgemeine Informationen**

Aufgaben	Zulassung von Personen und Fahrzeugen für den Strassenverkehr und die Schifffahrt (Führerausweise, Fahrzeugkontrolle, Abgabenerhebung)					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	11'396'400.-	<i>Einnahmen</i>	60'263'000.-	<i>netto</i>	48'866'600.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	245'000.-	<i>Einnahmen</i>	600'000.-	<i>netto</i>	845'000.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	58	<i>Hilfskräfte</i>	14		

**Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

36 – 01	Leistung „technische Kontrolle der Fahrzeuge“: Anstellung von vier zusätzlichen Experten (Nettobetrag)	600'000.-
36 – 02	Reduktion des Sachaufwands (15% des nicht direkt einer Leistung anrechenbaren Sachaufwands)	245'000.-
	<i>Total</i>	845'000.-

**Bemerkungen**

Die Kommission stellt folgende Bedingungen für die Anstellung von zusätzlichen Experten: privatrechtliches Anstellungsverhältnis, Festlegung eines präzisen Leistungsauftrags und Kontrolle dieses Auftrags durch das Finanzinspektorat. Falls die Nettoeinnahmen durch die Einstellung von vier zusätzlichen Experten nicht in der Grössenordnung von mindestens 600'000 Franken steigen, wird eine Rückkehr zum Status quo ante verlangt (analog zur Steuerverwaltung).

Die Kommission hat die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer (zusätzliche Einnahmen von rund 2.1 Mio.) bereits berücksichtigt. Sie wird deshalb hier nicht aufgeführt. Die Kommission *Strukturelle Massnahmen* unterstützt diese Erhöhung, die von der mit diesem Entwurf betrauten Thematischen Kommission einhellig befürwortet wurde.

### 8.9.5 Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere

#### Allgemeine Informationen

Aufgaben	Regulierung des Wildbestandes, Erhaltung von Biotopen und Artenvielfalt; Information und Forschung im Bereich der Tiere					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	5'952'600.-	<i>Einnahmen</i>	5'563'000.-	<i>netto</i>	389'600.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	115'000.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	115'000.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	32	<i>Hilfskräfte</i>	1		

#### Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahme:

37 - 01	Reduktion des Sachaufwands (darunter auch Rationalisierung beim Druck der Jagdkarten)	115'000.-
	<i>Total</i>	115'000.-

#### Bemerkungen

Die Dienststelle muss sich zum Ziel setzen, selbstfinanziert zu sein. In diesem Zusammenhang müssen die Ausgaben gesenkt werden (teilweise Ersetzung der externen Instruktoeren durch Mitarbeiter der Dienststelle, Rationalisierung beim Druck der Jagdkarten, Reduktion des Sachaufwands...). Die Erhöhung der Einnahmen (Erhöhung der Abschussgebühren für Steinwild, Erhöhung der Abschüsse von Gemswild, Erhöhung der Anmeldegebühr zu Jagdkursen) hat zweite Priorität.

### 8.9.6 Kantonspolizei

#### Allgemeine Informationen

Aufgaben	Sicherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, Schutz von Personen und Gütern, Prävention, Fahndung nach strafbaren Handlungen und deren Urheber					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	61'713'600.-	<i>Einnahmen</i>	6'230'000.-	<i>netto</i>	55'483'600.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	756'000.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	756'000.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	435.8	<i>Hilfskräfte</i>	3.3		

**Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

38 – 01	Reduktion der Entschädigung an Polizeihundeführer (Anpassung des Budgets an die effektiven Ausgaben)	6'000.-
38 – 02	Reduktion des Sachaufwands	750'000.-
	<i>Total</i>	756'000.-

**Bemerkungen**

Die Kommission begrüsst die Organisationsreform der Kantonspolizei und die Aufhebung gewisser Posten. Es handelt sich hier um eine strukturelle Massnahme, die diesen Namen auch verdient. Der Verkauf der zukünftig nicht mehr benutzten Polizeiposten kann jedoch nicht als "Einsparung" angesehen werden. Der Erlös dieser Verkäufe (mehr als drei Millionen, errechnet aufgrund des Kaufpreises) muss dem Abbau der Schulden dienen.

**8.9.7 Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär**

**Allgemeine Informationen**

Aufgaben	Gewährleistung der Existenzgrundlagen mit zivilen Mitteln (Feuerwehr, Zivilschutz) Schutz der Bevölkerung im Krisen- und Katastrophenfall durch Mithilfe bei der Vorbereitung der militärischen Mittel					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	17'810'400.-	<i>Einnahmen</i>	14'999'8	<i>netto</i>	2'816'600.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	596'000.-	<i>Einnahmen</i>	0	<i>netto</i>	596'000.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	78 (8.3 vakant)	<i>Hilfskräfte</i>	1.2		

**Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

39 – 01	Leistung „Verwaltung der Daten der im Wallis wohnhaften Stellungspflichtigen“: Streichung der Sektionschefs und Wahrnehmung derer Aufgaben durch das Personal der Dienststelle	280'000.-
39 – 02	Leistung „Personelle Mittel, schwere Einsatzmittel und Infrastruktur Zivilschutz“ Streichung der Subventionierung des standardisierten Materials	150'000.-
39 – 03	Leistung "Ausserdienstliche Tätigkeiten": Streichung der Subventionen an Schiessvereine	36'000.-
39 – 04	Streichung der Subventionen für Luftschutzräume (der Kanton und der Bund gewähren diese Subventionen nicht mehr, sie haben nicht mehr im	80'000.-

	Voranschlag zu erscheinen)	
39 – 05	Reduktion des Sachaufwands (netto)	50'000.-
	<i>Total</i>	596'000.-

### 8.9.8 Dienststelle für innere Angelegenheiten

#### **Allgemeine Informationen**

Aufgaben	Stabsstelle für Aufgaben, die in das Zuständigkeitsgebiet der Dienststelle fallen (Verfassung, Institutionen, Gemeinden, Wahlen und Abstimmungen)					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	2'361'300.-	<i>Einnahmen</i>	105'000.-	<i>netto</i>	2'256'300
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	53'500.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	53'500.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	9.9	<i>Hilfskräfte</i>	0		

#### **Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahme:

40 – 01	Leistung „Beziehung mit den Behörden“: Kürzung der Beiträge an die Kirchen	43'000.-
40 – 02	Reduktion des Sachaufwands	10'500.-
	<i>Total</i>	53'500.-

#### **Bemerkungen**

Die Möglichkeiten zur Erhöhung der Einnahmen (Erhöhung der Gebühren für Beschwerdeentscheide, Erhöhung der Gebühren für Homologierungen, Verrechnung von gewissen Dienstleistungen) werden bei den allgemeinen Massnahmen behandelt (siehe Kapitel 8.11 - allgemeine Massnahmen zur Erreichung des Ziels).

### 8.9.9 Dienststelle für Raumplanung

#### **Allgemeine Informationen**

Aufgaben	Förderung der rationellen und massvollen Nutzung des Bodens, Koordination der raumwirksamen Tätigkeiten.					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	2'927'900.-	<i>Einnahmen</i>	258'000.-	<i>netto</i>	2'669'900.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	71'500.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	71'500.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	12.5	<i>Hilfskräfte</i>	1		

#### **Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen (Basis Budget 2004)**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahme:

41 – 01	Reduktion des Sachaufwands der Dienststelle	71'500.-
	<i>Total</i>	71'500.-

### 8.9.10 Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit

#### **Allgemeine Informationen**

Aufgaben	Handelspolitik; Beschäftigungspolitik und Arbeitsmarktpolitik					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	45'747'100	<i>Einnahmen</i>	43'068'500.-	<i>netto</i>	20678'600.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	71'500.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	71'500.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	16.5	<i>Hilfskräfte</i>	15.8 (vom Bund bezahlt, wie auch 4 Organigramm-Stellen)		

#### **Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

42 – 01	Reduktion des Sachaufwands (Nettosumme für den Kanton)	71'500.-
	<i>Total</i>	71'500.-

#### **Bemerkungen**

Die Dienststelle wird zu einem grossen Teil vom Bund finanziert. Die Einsparungen müssen sich auf die Nettobeteiligung des Kantons beziehen.

Die Dienststelle verwaltet den Fonds „Loterie Romande“. Da es sich hier um einen beachtlichen Fonds handelt (15.75 Mio.), ist die Prüfung der Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel sinnvoll.

### 8.9.11 Dienststelle für Tourismus und Regionalentwicklung – Direktion der Wirtschaftsentwicklung

#### **Allgemeine Informationen**

Aufträge DTORE	Umsetzung der Tourismuspolitik, Entwicklung der Regionalpolitik mit Blick auf die Verbesserung der Lebensbedingungen im gesamten Kanton					
Aufträge DWEW	Verbesserung der Rahmenbedingungen und der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des Kantons Wirtschaftsförderung (exogene Förderung, finanzielle Unterstützung)					
Budget 04 DTORE	<i>Ausgaben</i>	61'787'100.-	<i>Einnahmen</i>	24'101'000.-	<i>netto</i>	37'686'100.-
Budget 04 DWEW	<i>Ausgaben</i>	6'817'200.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	6'817'200.-
Einsparungen DTORE	<i>Ausgaben</i>	4'774'300.-	<i>Einnahmen</i>	170'000.-	<i>netto</i>	4'944'300.-

Einsparungen DWEW	<i>Ausgaben</i>	1'035'000.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	1'035'000.-
Angestellte DTORE	<i>Organigramm</i>	16 (vacant 0.8)	<i>Hilfskräfte</i>	0		
Angestellte DWEW	<i>Organigramm</i>	3	<i>Hilfskräfte</i>	2.8		

### **Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

33 – 01	Leistung „Wirtschaftsförderung“: Reduktion der finanziellen Unterstützung des Kompetenzzentrums für Finanzhilfen und anderer Institutionen	1'000'000.-
33 – 02	Reduktion des Sachaufwands der DWEW	35'000.-
43 – 01	Leistung „Tourismusförderung“: Aufhebung des Fonds DVIS / DEKS / Loterie Romande für die Förderung von kulturellen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Tourismus – es fehlt an Transparenz	300'000.-
43 – 02	Leistung „Tourismusförderung“: Reduktion der Finanzhilfen für die Organisation von touristischen Veranstaltungen, touristische Informationen, Studien und Projekte	2'105'000.-
43 – 03	Leistung „Tourismusförderung“: Reduktion der Finanzhilfen für die Organisation von touristischen Veranstaltungen	380'000.-
43 – 04	Leistung „Tourismusförderung“: Reduktion der Finanzhilfen an Wirtschafts- und Berufsorganisationen	29'400.-
43 – 05	Leistung „Tourismusförderung“: Reduktion der finanziellen Unterstützung für die Kurse der Bergführer und Skilehrer	24'000.-
43 – 06	Leistung „Tourismusförderung“: Begrenzung der Ausgaben der Autobahnraststätte Martigny AG und Erhöhung der an den Staat ausbezahlten Dividende	170'000.-
43 – 07	Leistung „Tourismusförderung“: Reduktion der Finanzhilfen für die Erstellung der Statistiken der Parahotellerie	60'000.-
43 – 08	Leistung „Wohnbauförderung“: Verringerung der Bürgschaften	200'000.-
43 – 09	Leistung „Wohnbauförderung“: Eigentumserwerb – Reduktion der Subventionen, da der Bund seit 2001 nicht mehr zahlt	400'000.-
43 – 10	Leistung "Regionalentwicklung": Subventionen an Körperschaften für die Zurverfügungstellung von Industriebauland oder –gebäuden	6'000.-
43 – 11	Leistung "Regionalentwicklung": Kürzung der Subventionen für Mietzinssenkungen für Industriebauland oder –gebäude	90'000.-
43 – 12	Leistung "Regionalentwicklung": Kürzung der Finanzhilfen für Wirtschaftsentwicklung	310'000.-
43 – 13	Leistung "Regionalentwicklung": Streichung der Innovationsförderung	20'000.-
43 – 14	Leistung "Regionalentwicklung": Verringerung der Unterstützung an die Finanzierung von Projekten der Unternehmen	100'000.-
43 – 15	Leistung "Regionalentwicklung": Verringerung der Anzahl sozio-ökonomischer Regionen (Verringerung der Subventionen für die Vereinigungen und Organismen im Zusammenhang mit der	133'400.-

	Wirtschaftsförderung)	
43 – 16	Leistung "Regionalentwicklung": Kürzung der Subventionen für Preissenkungen für Industriebauland oder –gebäude	100'000.-
43 – 17	Leistung "Regionalentwicklung": Selbstfinanzierung des allgemeinen Investitionsfonds (schnellere Rückzahlungen)	400'000.-
43 – 18	Reduktion des Sachaufwands der DTORE (15% der Rubriken 31)	116'500.-
	<i>Total</i>	5'979'300.-

**Bemerkungen**

Selbstfinanzierung des allgemeinen Investitionsfonds: die Kommission liess offen, ob eine Aufstockung des Fonds zweckmässig wäre.

Verringerung der Anzahl sozio-ökonomischer Regionen: es handelt sich um eine strukturelle Massnahme für 2006, die jedoch bei den Subventionen bereits jetzt berücksichtigt werden kann.

Durch die neuen Subventionierungen, die von der Dienststelle angekündigt wurden (z.B. Eiszentren von Champéry und Leukerbad sowie Bioark), müssen bei den bestehenden Subventionierungen Prioritäten gesetzt werden. In keinem Fall dürfen die neuen Subventionierungen zu zusätzlichen Ausgaben führen.

**8.10 Departement für Verkehr, Bau und Umwelt,**

**8.10.1 Verwaltungs- und Rechtsdienst**

**Allgemeine Informationen**

Aufgaben	Administrative Unterstützung des Departementvorstehers, juristische Unterstützung des Departements (Gesetzgebung, Departementsentscheide, Vertretung des Departements vor den Beschwerdeinstanzen); juristische und administrative Unterstützung der kantonalen Baukommission (Baupolizei)					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	3'442'900.-	<i>Einnahmen</i>	1'028'000.-	<i>netto</i>	2'414'900.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	15'000.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	15'000.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	20.8	<i>Hilfskräfte</i>	2		

**Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

44 – 01	Reduktion des Sachaufwands (15% der Rubriken 31)	15'000.-
	<i>Total</i>	15'000.-

### **Bemerkungen**

Die Möglichkeiten zur Erhöhung der von diesem Dienst einkassierten Gebühren werden bei den allgemeinen Massnahmen behandelt (Kapitel 8.11 - allgemeine Massnahmen zur Erreichung des Ziels).

## **8.10.2 Dienststelle für Verkehrsfragen**

### **Allgemeine Informationen**

Aufgaben	Technische Planung und Koordination im Verkehrsbereich (Verkehrspolitik, grosse Infrastrukturprojekte, Bewilligungen, Fahrpläne...); Subventionierung des Regional- und Agglomerationsverkehrs (Betrieb, Investitionen); Betrieb und Verwaltung der „kantonalen“ Luftseilbahnen					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	33'420'600.-	<i>Einnahmen</i>	12'057'000.-	<i>netto</i>	21'363'600.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	33'500.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	33'500.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	36.9	<i>Hilfskräfte</i>	0		

### **Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

45 – 01	Reduktion des Sachaufwands der Dienststelle (15% der Rubriken 31, ausgenommen Luftseilbahnen)	33'500.-
	<i>Total</i>	<i>33'500.-</i>

### **Bemerkungen**

Der grösste Ausgabenposten der Dienststelle sind die Beiträge an die ungedeckten Kosten des öffentlichen Verkehrs (Betrieb und Investitionen).

Das Leistungsangebot im öffentlichen Verkehr muss im Rahmen der strukturellen Massnahmen überprüft werden, insbesondere was die ausschliesslich vom Kanton subventionierten Verbindungen sowie die mit mehreren Verkehrsmitteln erreichbaren Agglomerationen angeht.

## **8.10.3 Dienststelle für Strassen- und Flussbau**

### **Allgemeine Informationen**

Aufgaben	Bau, Bewirtschaftung und Erhaltung der Autobahn; Verbesserung, Bewirtschaftung und Erhaltung des kantonalen Strassennetzes, Schutz vor hydrologischen und geologischen Gefahren, Ausbau der Rhone					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	312'219'300.-	<i>Einnahmen</i>	208'177'400.-	<i>netto</i>	104'041'900.-

Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	3'500'000.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	3'500'000.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	432.2	<i>Hilfskräfte</i>	14.9 (4 Organigramm-Stellen nicht wieder besetzt)		

**Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

46 - 01	Leistung „Bau, Korrektion und Instandhaltung der Kantonsstrassen“: Verringerung der Investitionen in die Kantonsstrassen, gemäss Vorschlag des Departements. Dieser Betrag muss abhängig von der Gesamteinsparung, welche die Kommission bei den Investitionen festlegt, angepasst werden	3'000'000.- -
46 - 02	Reduktion des Sachaufwands der Dienststelle (ausgenommen Strassenunterhalt)	500'000.-
	<i>Total</i>	3'500'000.- -

**8.10.4 Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie**

**Allgemeine Informationen**

Aufgaben	Planung, Studien und Verlaufskontrolle beim Bau von kantonalen Gebäuden, Unterhalt der kantonalen Gebäude, Immobilienverwaltung (Abwärtsdienst, Vermietungen...), Verwaltung des baulichen und archäologischen Kulturgutes (Kenntnis des baulichen Kulturgutes, Archäologie, Denkmalpflege, Heimatschutz, Kulturgüterschutz)					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	38'864'100.-	<i>Einnahmen</i>	11'494'300.-	<i>netto</i>	27'369'800.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	2'460'200.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	2'460'200.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	25.08	<i>Hilfskräfte</i>	1 (ohne Reinigungspersonal)		

**Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

47 - 01	Leistung „Bau von Dienst- und Unterrichtsgebäuden“: Reduktion der Investitionen. Dieser Betrag muss abhängig von der Gesamteinsparung, welche die Kommission bei den Investitionen festlegt, angepasst werden	1'800'000.-
47 - 02	Leistung "Kenntnis des baulichen Kulturgutes": Reduktion des Kantonsbeitrags (Subvention) für die Studie zu den Bauernhäusern	7'200.-
47 - 03	Leistung "Denkmalpflege": Kürzung der Subventionen für die Restauration von geschichtlichen Denkmälern	180'000.-

47 - 04	Leistung "Heimatschutz": Kürzung der Subventionen für Renovierungen	98'000.-
47 - 05	Reduktion des Sachaufwands der Dienststelle (ausgenommen Gebäudeunterhalt)	375'000.-
	<i>Total</i>	2'460'200.-

### **Bemerkungen**

Die Möglichkeit eines zusätzlichen Beitrags der Loterie Romande an den Kulturgüterschutz wird in den Bemerkungen zu Punkt 8.9.10 (Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit) behandelt.

## **8.10.5 Dienststelle für Wald und Landschaft**

### **Allgemeine Informationen**

Aufgaben	Schutz, Erhaltung und Bewirtschaftung des Waldes; Schutz und Aufwertung von natürlichen Räumen; Schutz vor Naturgefahren					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	44'704'350.-	<i>Einnahmen</i>	31'697'300.-	<i>netto</i>	13'007'050.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	1'685'000.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	1'685'000.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	21	<i>Hilfskräfte</i>	2.25		

### **Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen**

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

48 - 01	Leistung "Waldbauprojekte und Waldschäden": Reduktion des kantonalen Anteils aufgrund der Kürzung der Bundessubventionen	600'000.-
48 - 02	Leistung "Forstwirtschaftliche Infrastrukturen": Reduktion des kantonalen Anteils aufgrund der Kürzung der Bundessubventionen	200'000.-
48 - 03	Leistung "Ausbildung": Reduktion der Beiträge im Bereich der forstwirtschaftlichen Ausbildung	155'000.-
48 - 04	Leistung „Bau und Unterhalt von Waldwegen“: Kürzung der Subventionen	125'000.-
48 - 05	Leistung „Unterhalt von Werken“ (Prävention von Naturgefahren) Reduktion des kantonalen Anteils aufgrund der Kürzung der Bundessubventionen	200'000.-
48 - 06	Leistung „Bau von Werken“ (Prävention von Naturgefahren) Reduktion des kantonalen Anteils aufgrund der Kürzung der Bundessubventionen	200'000.-
48 - 07	Reduktion des Sachaufwands der Dienststelle	205'000.-
	<i>Total</i>	1'685'000.-

### 8.10.6 Dienststelle für Umweltschutz

#### Allgemeine Informationen

Aufgaben	Realisierung verschiedener Massnahmen im Umweltbereich (Luft, Lärm, verseuchte Landschaften, Wasser...), Prävention, Kontrolle und Inspektion, Subventionierung von Bauten (ARA)					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	25'117'250.-	<i>Einnahmen</i>	11'849'500.-	<i>netto</i>	13'267'750.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	300'000.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	300'000.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	27.6	<i>Hilfskräfte</i>	1		

#### Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

49 - 01	Reduktion des Sachaufwands der Dienststelle (15% der Rubriken 31)	300'000.-
	<i>Total</i>	300'000.-

#### Bemerkungen

Die Kommission erachtet die Streichung der „Vorauszahlungen“ nicht als Sparmassnahme. Es scheint ihr offensichtlich, dass Subventionszahlungen, namentlich im Bereich des ARA-Baus, erst dann erfolgen dürfen, wenn die Arbeiten ausgeführt worden sind, wenn möglich innert relativ kurzer Frist.

Angesichts der Streichung gewisser Aufgaben durch das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft müssen weitere Einsparungen möglich sein.

### 8.10.7 Kantonslaboratorium

#### Allgemeine Informationen

Aufgaben	Kontrolle von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen (Räumlichkeiten, Herstellungsprozesse...), Überwachung von giftigen und gefährlichen Stoffen, Schwimmbadkontrollen					
Budget 2004	<i>Ausgaben</i>	3'109'100.-	<i>Einnahmen</i>	1'074'000.-	<i>netto</i>	2'035'100.-
Einsparungen	<i>Ausgaben</i>	38'500.-	<i>Einnahmen</i>	0.-	<i>netto</i>	38'500.-
Angestellte (EVZ)	<i>Organigramm</i>	16.3	<i>Hilfskräfte</i>	9	(Weinernte-Kontrollere, jährliche EVZ)	

#### Detail der von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen

Nach Untersuchung der Leistungen der Dienststelle sowie deren Sparvorschläge empfiehlt die Kommission folgende Massnahmen:

49 - 01	Reduktion des Sachaufwands der Dienststelle (15% der Rubriken 31)	38'500.-
	<i>Total</i>	38'500.-

## 8.11 Allgemeine Massnahmen zur Erreichung des Ziels

Die oben erwähnten gezielten Massnahmen eröffnen ein Sparpotential von 75.7 Millionen Franken. Da diese Massnahmen allerdings nicht ausreichen, um das Sparziel der Kommission (123.1 Millionen) zu erreichen, mussten ergänzende allgemeine Massnahmen ins Auge gefasst werden.

### **Personalaufwand**

Die Zunahme des Personalaufwands muss zwingend auf 1% begrenzt werden. Der Personalaufwand darf 2005 maximal **543 Millionen** betragen.

Die Begrenzung der Entwicklung des Personalaufwands auf 1% darf allerdings die Lohnbedingungen und die Arbeitsplatzsicherheit, die gewährleistet werden müssen, nicht in Frage stellen. Die Kommission ist der Ansicht, dass:

- sämtlichen Staatsangestellten der Teuerungsausgleich gewährt werden muss (Schätzung 0.5%)
- der Erfahrung und der Leistung der MitarbeiterInnen innerhalb der im Gesetz betreffend die Besoldung der Beamten und Angestellten des Staates Wallis erwähnten Grenzen Rechnung getragen werden muss.

Ansichts der beträchtlichen Zahl der ArbeitnehmerInnen beim Staat Wallis können weitere Massnahmen ergriffen werden, um den Anstieg des Personalaufwands zu begrenzen. So namentlich:

- eingehende Prüfung der Zweckmässigkeit jedes Arbeitsplatzes anlässlich einer Vakanz (im Zusammenhang mit den Leistungen und den für ihre Erbringung nötigen Verfahren)
- selektive Erneuerung der Dienstverhältnisse
- Anwendung des Grundsatzes der Karenzfristen.

Diese ergänzenden Massnahmen dürften zusätzliche Einsparungen von rund 14 Millionen bringen.

Im Bedarfsfall muss der Staatsrat weitere Massnahmen vorschlagen.

Durch die Gewährleistung akzeptabler Lohnbedingungen und der Arbeitsplatzsicherheit will die Kommission das gute Arbeitsklima, das bei der Walliser Verwaltung herrscht, aufrechterhalten. Sie möchte auch das Personal der Dienststellen auf allen Hierarchiestufen dazu anspornen, Kreativität bei der Suche nach gezielten Einsparungen (Neudefinition der Arbeitsabläufe, Reduktion des Sachaufwands, usw.) an den Tag zu legen, um weitere Abstriche beim Personal zu vermeiden.

### **Reduktion des Sachaufwands**

Die Kommission hatte sich eine Reduktion des Sachaufwands um 10% zum Ziel gesetzt. Dieses ehrgeizige Ziel wurde namentlich aufgrund der zahlreichen Ausnahmen, welche die Kommission einräumte (insbesondere Gebäude- und Strassenunterhalt) und trotz substantieller Reduktionen von 15% bei zahlreichen Dienststellen verfehlt. Die Kommission erwartet also vom Staatsrat, dass er ihre Arbeiten fortsetzt und zusätzliche Einsparungen von rund **4.5 Millionen** bei den Rubriken 31 „Sachaufwand“ zu Tage fördert.

Der Staatsrat wird namentlich aufgefordert, eine eingehende Prüfung der Rubriken 317 (Entschädigungen) und 318 (Dienstleistungen und Honorare) vorzunehmen.

Gestützt auf das Budget 2004 (186.3 Millionen) beträgt die geforderte Kürzung (14.7 Millionen) lediglich rund 8% und scheint angesichts der Natur des Sachaufwands (Büromaterial, Mobilien, Maschinen, Energie, übrige Verbrauchsmaterialien, Entschädigungen, Honorare, Dienstleistungen, übrige Kosten,...) durchaus machbar.

### **Beiträge ohne Investitionscharakter**

Gestützt auf die vom Finanzinspektorat erstellten Inventare hat die Kommission sämtliche vom Kanton gewährten Beiträge geprüft und ein Sparpotential von rund 29.8 Millionen (weniger als 3%!) aufgezeigt. Da dies ungenügend ist, fordert die Kommission vom Staatsrat zusätzliche Einsparungen von 10 Millionen. Dies namentlich, indem für die subventionierten Bereiche (abhängige Institutionen, obligatorischer Unterricht...) die gleichen Grundsätze zur Anwendung gelangen, wie sie auch für die Verwaltung in Sachen Entwicklung des Personalaufwands (+1%) und Verringerung des Sachaufwands gelten.

### **Zusätzliche Einnahmen**

Angesichts des Ausmasses des Finanzierungsfehlbetrags sah sich die Kommission gezwungen, auch nach allfälligen zusätzlichen Einnahmen zu suchen, namentlich:

- Steuern – Katastertaxen: + 11 Millionen. Diese Erhöhung unterliegt den unter Punkt 8.6.2 (Steuerverwaltung) erwähnten und in den Schlussfolgerungen wiederholten Bedingungen.
- Steuern – Erhöhung der Steuerproduktivität durch die Anstellung von zusätzlichen Einschätzern und Experten: + 5 Millionen. Diese Erhöhung unterliegt den unter Punkt 8.6.2 (Steuerverwaltung) erwähnten und in den Schlussfolgerungen wiederholten Bedingungen.
- Vermögenserträge: + 2.1 Millionen, wie das Ergebnis der Rechnung 2003.
- Gebühren – Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt: + 0.6 Millionen mit der Anstellung von zusätzlichen Experten. Diese Erhöhung unterliegt den unter Punkt 8.9.4 erwähnten und in den Schlussfolgerungen wiederholten Bedingungen.
- Entgelte: + 2.5 Millionen, aufgrund einer moderaten Erhöhung der Gebühren. Die Kommission weist darauf hin, dass zahlreiche Dienststellen eine Anpassung ihrer Gebühren oder generell ihrer Einnahmen vorgeschlagen haben. Diese Erhöhungen mögen in gewissen Fällen durchaus gerechtfertigt sein. Die Kommission möchte allerdings eine allgemeine Erhöhung der Gebühren auf alle Fälle vermeiden. Zusätzliche Einnahmen lassen sich erst dann rechtfertigen, wenn ausreichende Anstrengungen auf der Ausgabenseite gemacht worden sind. Dieser Punkt wird in den Schlussfolgerungen nochmals aufgegriffen.

Die von der Kommission gewährten zusätzlichen Einnahmen werden auch zusätzliche Einnahmen für die Gemeinden bringen.

### **Investitionen**

Im interkantonalen Vergleich und unter Berücksichtigung der Topographie investiert der Kanton Wallis viel. Mit der doppelten Ausgaben- und Schuldenbremse müssen die Investitionen an die verfügbaren Mittel angepasst werden, die sich gemäss Kommission auf rund 125 Millionen (Nettoinvestitionen) belaufen.

Um dies zu erreichen, müssen über die von den Departementen und Dienststellen vorgeschlagenen Kürzungen hinaus zusätzliche Investitionskürzungen vorgenommen werden. Die Rubrik 506 (Investitionsausgaben für Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge)

muss genau unter die Lupe genommen werden, auch wenn die bedeutendsten Reduktionen die Gebäude und die Strassen betreffen werden.

Die Investitionen Dritter müssen ebenfalls im gleichen Verhältnis wie die eigenen Investitionen reduziert werden.

### **Veräusserung von Vermögenswerten**

Für die Kommission kommt die Veräusserung von Vermögenswerten als Sparmassnahme nicht in Frage. Wenn es zu solchen Veräusserungen kommen sollte (Verkauf von Gebäuden, Wasserrechtskonzessionen...), muss der Erlös direkt in den Schuldenabbau fliessen.

## **8.12 Zusammenfassung**

Zusammenfassung sämtlicher unter den obigen Punkten vorgeschlagener Sparmassnahmen und zusätzlicher Einnahmen in Millionen Franken:

	2005 wahrscheinl.	Allg. Mass- nahmen	GR	StR	JUD	PRAS	DFLA	DGSE	DEKS	DVIS	DVBÜ	2005
Personal	559.6	14.0					0.15		2.50			543.0
Dep. allg.	190.8	4.5	0.25	0.06	0.75	0.22	3.60	1.12	5.15	2.05	1.47	171.6
Betriebsbeitr.	890.2	10.0				0.02	0.55	13.09	4.79	4.80	1.09	855.9
<b>Total Aus.</b>	<b>2102.6</b>	<b>28.5</b>	<b>0.25</b>	<b>0.06</b>	<b>0.75</b>	<b>0.24</b>	<b>4.30</b>	<b>14.21</b>	<b>12.45</b>	<b>6.85</b>	<b>2.54</b>	<b>2032.4</b>
Steuern	890.4						16.60					907.0
Ertrag	33.6	2.1								0.17		35.9
Gebühren	157.0	2.5				0.05	0.09			0.62		160.3
<b>Total Einn.</b>	<b>2135.3</b>	<b>4.6</b>	<b>0.00</b>	<b>0.00</b>	<b>0.00</b>	<b>0.05</b>	<b>16.69</b>	<b>0.00</b>	<b>0.00</b>	<b>0.79</b>	<b>0.00</b>	<b>2157.4</b>
Inv. Staat	73.5	6.5					0.54		0.80		4.80	60.86
Inv. Dritte	82.2	7					0.53	2.14	1.05	0.78	0.68	70.02
Darlehen	0.1	0.8				0.10	4.70			0.40		-5.90
<b>Nettoinv.</b>	<b>155.8</b>	<b>14.3</b>	<b>0.00</b>	<b>0.00</b>	<b>0.00</b>	<b>0.10</b>	<b>5.77</b>	<b>2.14</b>	<b>1.85</b>	<b>1.18</b>	<b>5.48</b>	<b>124.98</b>
<b>Resultat</b>	<b>- 123.1</b>	<b>47.9</b>	<b>0.25</b>	<b>0.06</b>	<b>0.75</b>	<b>0.39</b>	<b>26.76</b>	<b>16.35</b>	<b>13.82</b>	<b>8.82</b>	<b>8.02</b>	<b>0.02</b>

Die Kommission versuchte nach Möglichkeit, die Sparmassnahmen unter den Dienststellen gerecht aufzuteilen. Trotzdem ist es möglich, dass die vorgeschlagenen Massnahmen gewisse Dienststellen oder Departemente stärker belasten als andere oder gewisse gar nicht betreffen. Die allgemeinen Massnahmen müssen es dem Staatsrat nach eingehender Prüfung der vorgeschlagenen gezielten Massnahmen erlauben, die Opfersymmetrie zwischen den Dienststellen gegebenenfalls wieder herzustellen.

Die Kommission erinnert überdies daran, dass die gewährten zusätzlichen Einnahmen auch für die Gemeinden zusätzliche Einnahmen bringen werden.

### 8.13 Parlamentarische Verlaufskontrolle

Zur Verlaufskontrolle der vorgeschlagenen Sparmassnahmen und zur Beobachtung der Kostenentwicklung der Leistungen fordert die Kommission die Dienststellen auf, ihre Budgets 2005 nach dem gleichen Modell wie 2004 erneut nach Leistungen aufzuschlüsseln. Diese Informationen müssen der Kommission *Strukturelle Massnahmen* zukommen, welche zusammen mit den Oberaufsichtskommissionen im Rahmen der Prüfung des Voranschlags 2005 die Einhaltung der Empfehlungen verfolgen wird.

Die Aufschlüsselung nach Leistungen muss generell institutionalisiert und konsequent weitergeführt werden. Dieser Prozess ist auch mit dem zweiten Kommissionsbericht nicht erledigt.

Mittelfristig müssen die Finanz- und Geschäftsprüfungskommissionen sowie die thematischen Kommissionen den Begriff der "Leistung" in ihre Überlegungen einbinden. Die Kommission *Strukturelle Massnahmen* ist überzeugt, dass die von ihr unternommenen Schritte weitergeführt und entwickelt werden müssen.

## 9. Schlussfolgerungen

Das Mandat der Kommission *Strukturelle Massnahmen* stand von Beginn an fest: die hauptsächlichen Kernaufgaben definieren, den Dienstleistungen für den Bürger Vorrang einräumen, Verwaltungsabläufe auf das absolut Nötigste beschränken und die Zweckmässigkeit von Subventionen prüfen (wobei sich die Kommissionsmitglieder stets über deren Berechtigung und Wirksamkeit im Klaren waren). Das Vorgehen zur Erfüllung dieses Mandats stand hingegen nicht fest und musste zuerst bestimmt werden. Die Kommission konnte sich nicht auf eine Botschaft des Staatsrats stützen und musste somit alle Basisinformationen selber einholen und prüfen sowie eigene Nachforschungen anstellen, um Sparmöglichkeiten aufzeigen zu können.

Mit den von der Kommission vorgeschlagenen gezielten Massnahmen für 2005 für die Legislative, Judikative und Exekutive sowie den allgemeinen Massnahmen sollte ein Finanzgleichgewicht kurzfristig und in Erwartung der Annahme von echten strukturellen Massnahmen für die Jahre 2006 und folgende möglich sein, und dies, obwohl die Kommission von pessimistischeren Finanzaussichten ausging als der Staatsrat. Die Kommission ist überzeugt, dass dieses finanzielle Gleichgewicht erreicht werden kann. Es ist nur eine Frage des politischen Willens.

Am Ende des ersten Teils ihrer Arbeiten ersucht die Kommission *Strukturelle Massnahmen* nun den Grossen Rat, auch formell seinen Willen zu einer ausgeglichenen Rechnung des Staates Wallis für das Jahr 2005 und folgende zu bekunden.

In diesem Sinne und um dem Staatsrat ein unmissverständliches Zeichen zu setzen, ersucht sie den Grossen Rat, folgende Schlussfolgerungen durch eine Globalabstimmung anzunehmen:

- Die Finanzperspektiven der Kommission sind deutlich pessimistischer als jene des Staatsrats. Aufgrund des gegenwärtigen Wissensstandes der Kommission muss 2005 von einem Finanzierungsfehlbetrag von 123.1 Mio. Franken ausgegangen werden.

Diese Einschätzung trägt insbesondere der notwendigen kurzfristigen Sanierung der Pensionskassen des Staates Wallis Rechnung. Für diese Sanierung ab 2005 müssen wahrscheinlich Mittel in der Höhe von 30 Mio. Franken bereitgestellt werden. Obwohl die genauen Modalitäten für die Sanierung erst später festgelegt werden und die Sanierung zwischen den verschiedenen Partnern und Interessierten gleichermassen wahrgenommen werden muss, zeichnet sich bereits jetzt ab, dass der Staat Wallis für die Deckung des Fehlbetrags der Pensionskassen geradestehen muss.

- Der Finanzierungsfehlbetrag muss nach folgenden Prioritäten gedeckt werden:
  - Priorität 1: Reduktion der Ausgaben der Laufenden Rechnung um ca. 70 Mio. Franken
  - Priorität 2: Reduktion der Nettoinvestitionen um ca. 31 Mio. Franken
  - Priorität 3: zusätzliche Einnahmen von ca. 22 Mio. Franken.
- Die von der Kommission vorgeschlagenen Sparmassnahmen und zusätzlichen Einnahmen müssen vom Staatsrat in den Entwurf des Voranschlags 2005 des Staates Wallis integriert werden. In jedem Fall muss der Entwurf des Voranschlags 2005 ohne Kunstgriffe ausgeglichen sein und den Anforderungen der doppelten Ausgaben- und Schuldenbremse genügen. Falls der Staatsrat gewisse in diesem Bericht vorgeschlagenen Sparmassnahmen oder zusätzliche Einnahmen aus berechtigten Gründen nicht umsetzen sollte, muss er diese durch andere Massnahmen gleicher Art kompensieren.
- Die zusätzlichen Einnahmen unterstehen zwingend folgenden Bedingungen:
  - Streichung der Steuerwerte und Übergang zu den Katastertaxen: Annahme eines dringlichen Beschlusses für die Dauer von maximal zwei Jahren und umgehende Aufnahme der Arbeiten zur Katastertaxenrevision, so dass die revidierten Katastertaxen ab 1. Januar 2007 als Grundlage für die Steuerberechnung dienen können
  - Anstellung von zusätzlichen Einschätzern und Experten bei der Steuerverwaltung und bei der Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt: Anstellung im privatrechtlichen Verhältnis, Führen über vertraglich festgelegte Zielvorgaben, Überprüfung der zusätzlichen Nettoeinnahmen durch das Finanzinspektorat, jährliche Berichte zuhanden des Grossen Rates, Abbruch der Übung, falls die erhofften Ergebnisse ausbleiben
  - Gebühren: bescheidene Erhöhung.
- Einnahmen aus eventuellen Veräusserungen von Vermögenswerten oder ausserordentliche Einnahmen (z.B. Verkauf von Liegenschaften, Wasserrechtskonzessionen etc.) nach Hinterlegung dieses Berichts müssen ausnahmslos der Schuldtilgung zugeführt werden.
- Eventuelle neue Bedürfnisse, die sich bei der Erarbeitung des Voranschlags 2005 ergeben, müssen mit bestehenden Mitteln gedeckt werden (strenge Anwendung des Grundsatzes der Kompensierung).
- Im Jahr 2005 darf es zu keinem Lastentransfer auf die Gemeinden kommen, insbesondere im Zusammenhang mit der beruflichen Vorsorge des Lehrpersonals. Neue Aufteilungen zwischen Kanton und Gemeinden können gegebenenfalls im

Rahmen der strukturellen Massnahmen für das Jahr 2006 und folgende ins Auge gefasst werden.


- Die Kommission *Strukturelle Massnahmen* wird ihre Arbeiten im zweiten Halbjahr 2004 fortsetzen. Sie wird einen Bericht zu den strukturellen Sparmassnahmen für das Jahr 2006 und folgende erstellen und darauf achten, dass die im vorliegenden Bericht vorgeschlagenen Sparmassnahmen im Entwurf des Voranschlags 2005 des Staates Wallis integriert werden.

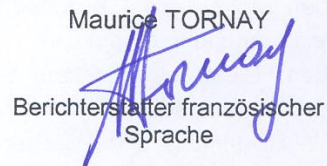
Die Arbeit an diesem Bericht zeigte der Kommission, dass es beim Regieren oft darum geht, das kleinere von zwei Übeln zu wählen. Die im vorliegenden Bericht dargelegten Massnahmen bilden eine ausgewogene und vernünftige Einheit - Einsparungen bei der Laufenden Rechnung, Reduktion der Investitionen, Erhöhung der Einnahmen - und können nicht unabhängig voneinander ergriffen werden.

Angenommen in der Sitzung der Kommission *Strukturelle Massnahmen* in Sitten, am 12. Mai 2004, mit 11 Ja und 2 Enthaltungen.

Für die Kommission *Strukturelle Massnahmen*:

Grégoire LUYET  
  
Präsident

Beat ABGOTTSPON  
  
Berichterstatter deutscher  
Sprache

Maurice TORNAY  
  
Berichterstatter französischer  
Sprache

## **10. Fortsetzung der Arbeiten der Kommission**

### **10.1 Zweiter Bericht der Kommission**

Das kurzfristige Ziel der Kommission war das Aufzeigen von Sparzielen für einen ausgeglichenen Voranschlag 2005. Im Wissen, dass die Beratungen zum Voranschlag 2005 bereits im zweiten Quartal 2004 beginnen, setzte die Kommission alles daran, dem Grossen Rat ihren ersten Bericht noch vor dem Sommer präsentieren zu können.

Die Sparvorschläge dieses ersten Berichts sind meist nur punktuell oder allgemein gehalten. Nur selten handelt es sich um strukturelle Massnahmen. Die Analyse der Leistungen der verschiedenen Dienststellen zeigt, dass viele Leistungen auf zwingenden gesetzlichen Grundlagen basieren oder schon seit Jahren bestehen. Strukturelle Reformen sind also nur längerfristig möglich. Dieser Umstand zeigt auf, wie eng der Spielraum bei der Erstellung des Voranschlags und wie wichtig eine solide mittelfristige Planung ist.

Im Laufe der Arbeiten trug die Kommission einige strukturelle Stossrichtungen zusammen, welche meist von den Kommissionsmitgliedern, selten von den Dienststellen aufgezeigt wurden (siehe Kapitel 9). Diese müssen während des Sommers einer eingehenden Analyse unterzogen und in einem zweiten Kommissionsbericht im Oktober 2004 detailliert ausgeführt werden. Diese strukturellen Massnahmen, welche teilweise bereits 2006 angewendet werden dürften, sollen Bestand haben. Sie werden nicht befristet sein und die Gewohnheiten der Walliserinnen und Walliser nachhaltig ändern. Sie sind nötig, um ein anhaltendes Gleichgewicht der Kantonsfinanzen zu erreichen, wie es vom Souverän mit der verfassungsmässigen doppelten Ausgaben- und Schuldenbremse gewünscht wurde.

### **10.2 Erste strukturelle Stossrichtungen**

#### **10.2.1 Schwerpunkte der strukturellen Reformen**

##### **A/ Einführung einer regelmässigen Leistungsanalyse**

Unser sozio-ökonomisches Umfeld ist einem immer schnelleren Wandel unterworfen. Der Staat muss sich diesem Wandel ständig anpassen, um den Bedürfnissen der Walliserinnen und Walliser sowie der Gäste unseres Kantons mit seinen begrenzten Mitteln bestmöglich gerecht zu werden.

Es bedarf einer regelmässigen Leistungsanalyse für sämtliche Dienststellen und Institutionen. Dies bedeutet insbesondere:

- regelmässige Identifikation der Aufgaben des Staates, der sich daraus ergebenden Leistungen und ihrer Kosten
- Prüfung der Verfahren zur Leistungserbringung
- regelmässige Definition der Handlungsprioritäten
- Hinterfragung der Standards jeder Leistung und deren Anpassung aufgrund der verfügbaren Mittel
- Streichung von Leistungen, die erwiesenermassen keinen Nutzen haben
- Gleichbehandlung

Diese regelmässige Analyse muss für sämtliche Dienststellen durchgeführt werden. Für jene Dienststellen, deren Ausgaben weitgehend aus dem Personalaufwand (Rubriken 30) und dem Sachaufwand (Rubriken 31) bestehen, stellt dies sogar die einzige Lösung zur

Ortung von Sparmöglichkeiten dar. Zum heutigen Zeitpunkt ist diese Leistungsanalyse nicht in den Budgetprozess integriert und wird nur punktuell durchgeführt.

Konkret müssen die Methodik und die Werkzeuge von e-DIKS weiterentwickelt werden, um diese ständige Leistungsanalyse zu ermöglichen. Die Vierjahresplanung und das Budgetverfahren müssen ebenfalls überarbeitet werden und diese „ständige Leistungsanalyse“ übernehmen. Kurzfristig muss der Voranschlag 2005 des Staates Wallis der Kommission *Strukturelle Massnahmen* gemäss den Aufstellungen „leistungsabhängige Aufteilung des Budgets“ unterbreitet werden. Mittelfristig muss es die ständige Leistungsanalyse erlauben, ausreichende Mittel auf die nötigen Leistungen zu konzentrieren und die Ausgaben und Leistungen von geringerem Nutzen zu streichen.

## **B/ Optimierung der Struktur des Staates**

Die Struktur des Staates muss optimiert werden. Dies bedeutet insbesondere:

- Reorganisation der Dienststellen und Departemente (Zusammenlegung oder Aufhebung der kleinen Dienststellen, grössere Flexibilität innerhalb der Dienststellen, optimaler Einsatz der Ressourcen...)
- Maximierung der Synergien zwischen den Dienststellen und Entwicklung der dienststellenübergreifenden Koordination (Verwaltung nach Projekten oder Politikbereichen, globale Kompetenzverwaltung).

Die strukturellen Massnahmen A/ und B/ sowie eine Neudefinition der Pflichtaufgaben des Staates sollten zusammen eine Verringerung des Personalbestandes beim Staat erlauben. Es muss heute festgestellt werden, dass der Nutzen der Leistungsanalyse A-2000 durch die Schaffung von neuen Stellen seit 2002 vollständig zunichte gemacht wurde. Die Kommission spricht sich deshalb klar für die Durchführung einer Leistungsanalyse A-2000bis aus. Im Gegensatz zur ersten - punktuellen - Analyse sollten die Leistungen des Staates Wallis, der Dienststellen und Institutionen inskünftig regelmässig analysiert werden, wie oben ausgeführt. Das Gleiche gilt für ihre Kosten und für die Beziehung Kosten-Leistungen. *Administration 2006+* muss ein ständiges Anliegen des Staatsrates und der Verwaltung sein. Budget für Budget, Rechnung für Rechnung müssen die Leistungen der Dienststellen immer wieder aufgrund ihrer Kosten, ihrer Zweckmässigkeit und ihrer Notwendigkeit hinterfragt werden. In Krisenzeiten können nicht unbedingt die gleichen Leistungen angeboten werden wie in Zeiten der Hochkonjunktur. Die Bedürfnisse wie auch die Ressourcen sind einem ständigen Wandel unterworfen. Der Staat muss seine Leistungen besser planen und sie systematisch in Einklang mit seinen Finanzen bringen.

Sinngemäss müssen auch für die Justiz ähnliche Massnahmen ergriffen werden (Projekt *Justiz 2006+*).

## **C / Einführung strengerer Normen für die Gewährung von Subventionen**

Die Gewährung von Subventionen muss klar definiert werden und im Einklang mit der Politik des Gesetzgebers und des Staatsrates stehen. Dies bedeutet insbesondere:

- regelmässige und ständige Prüfung der Zweckmässigkeit und der Notwendigkeit sämtlicher Subventionen, einschliesslich jener, die sich auf eine zwingende Gesetzesgrundlage stützen (Revision sämtlicher Subventionen)
- präzise Definition der von den Subventionsempfängern erwarteten Leistungen (der Erfüllung eines Leistungsauftrags unterstellte Subventionsentrichtung)
- Revision des Subventionierungssystems: Einführung von Pauschalsubventionen, welche die Subventionsempfänger in die Pflicht nehmen und die administrativen Verfahren vereinfachen; Streichung der Bagatellsubventionen; Einführung von degressiven Subventionen, usw.

Zahlreiche paraöffentliche oder private Institutionen hängen direkt oder indirekt vom Staat ab. Diese Institutionen erhalten zahlreiche Subventionen und ihr Überleben hängt zu einem sehr grossen Teil von den öffentlichen Geldern ab. Diese Institutionen sowie ihre Leistungen müssen genau unter die Lupe genommen und die gewährten Subventionen an einen Leistungsauftrag geknüpft werden. Auch hier muss der Staatsrat ein ehrgeiziges Projekt *Institutionen 2006+* ins Leben rufen, mit dem eine wirtschaftliche und vernünftige Verwendung der gewährten Subventionen gewährleistet werden kann.

Die Schwerpunkte der strukturellen Reformen gelten auch für den Erziehungsbereich, der ebenfalls einer ständigen Analyse unterzogen werden muss, um optimale Ergebnisse mit für den kantonalen Finanzhaushalt akzeptablen Kosten zu erzielen. Es bedarf eines Projekts *Erziehung 2006+*, um die strukturellen Einsparungen im kantonalisierten (Sekundarstufe II, tertiär) oder subventionierten (obligatorischer Unterricht, subventionierte Hochschulen) Erziehungsbereich festzulegen.

## 10.2.2 Detail einiger struktureller Stossrichtungen

Die Kommission konzentrierte sich in erster Linie auf die Sparmassnahmen für das Jahr 2005. Nichtsdestotrotz sollen im Folgenden einige strukturelle Stossrichtungen erwähnt werden, welche in der ersten Phase der Arbeiten zur Sprache kamen. Es handelt sich um Denkanstösse, die noch nicht ausgereift sind und hier nur informationshalber als Ergänzung zu den allgemeinen strukturellen Massnahmen des vorangehenden Kapitels erscheinen.

<b>Grosser Rat</b>	Reduktion der Anzahl Grossräte und Suppleanten (auch Möglichkeit, dass es weniger Suppleanten als Grossräte gibt)
<b>Staatsrat</b>	Revision des Präfektenstatuts
<b>Richterliche Behörde und Staatsanwaltschaft</b>	Tief greifende Analyse der Justiz (Organisation, Verfahren, Leistungen...) und Festlegung eines Sparziels (Projekt <i>Justiz 2006+</i> )
<b>Staatsratdienste (Stk, ZVM, Info)</b>	Reorganisation der Staatsratdienste (Schaffung einer verstärkten Staatskanzlei mit einer administrativen Abteilung [Vorbereitung und Weiterbearbeitung der Staatsratssitzungen, Protokoll etc.], einer juristischen Abteilung [Behandlung von Beschwerden an den Staatsrat], einer Abteilung "Regierungscontrolling" (Leistungscontrolling) sowie einer Informationsabteilung).
<b>Finanzinspektorat</b>	Neubeurteilung der Notwendigkeit und der Zeitabstände von gewissen Kontrollen (z.B. Kontrolle der Erhebung, Einkassierung und Zuteilung von Tourismustaxen usw.)
<b>Steuerverwaltung</b>	Überprüfung der Organisation Einführung von elektronischen Steuererklärungen und Automatisierung der Kontrolle von gewissen Steuererklärungen Neudefinition von gewissen Abläufen im Steuerbereich
<b>Dienststelle für Personal und Organisation</b>	Strukturelle Massnahmen betreffend Personalpolitik und Organisation der Verwaltung (Gleichbehandlung, Neudefinition der Entschädigungen, organisatorische Optimierung, Reduktion der Anzahl Angestellter im Zusammenhang mit der Analyse der Leistungen...)
<b>Dienststelle für Datenverarbeitung</b>	Zusammenlegung der Informatikaufgaben zu Ende führen Strenge Handhabung von Projekten und Mandaten
<b>Rechtsdienst des DFLA</b>	Zweckmässigkeit der Grösse dieses Dienstes überprüfen, umso mehr, als dass die Steuerrekurskommission – für die der Rechtsdienst das Sekretariat führt – bald unabhängig sein wird.

<b>Dienststelle für Aussenangelegenheiten und Wirtschaftsrecht</b>	Eventuell eine Zusammenlegung mehrerer administrativer Stellen ins Auge fassen (Schaffung eines einzigen Rechtsdienstes im DFLA, Synergien mit dem Volkswirtschaftsdepartement...)
<b>Dienststelle für Vermessung</b>	Eventuelle Zusammenlegung der Dienststelle mit einer oder mehreren anderen Stellen (Raumplanung, Grundbuchämter...), Weiterentwicklung der Synergien im Rahmen des geomatischen Kompetenzzentrums
<b>Dienststelle für Landwirtschaft</b>	Anzahl Gutsbetriebe und Landwirtschaftsschulen überdenken Einführung einer degressiven Subventionierung
<b>Dienststelle für Gesundheitswesen</b>	Zwingende Sparmassnahmen im Akutbereich, Zurverfügungstellung von adäquaten und rationellen Pflegestrukturen auf allen Ebenen Neudefinition der staatlichen Leistungen auf dem Gebiet der Zahnmedizin Beitrag der Gemeinden an die Kosten der Pflegeheime und SMZ; finanzieller Beitrag der Spital-Standortgemeinden Rationalisierung der Organisation des Rettungswesens
<b>Veterinärdienst</b>	Fusion des Veterinärdienstes mit der Dienststelle für Landwirtschaft
<b>Dienststelle für Sozialwesen</b>	Schaffung eines dienststellen- und departementsübergreifenden Pools für das administrative Controlling der subventionierten Institutionen Realisierung des Projekts <i>Institutionen 2006+</i>
<b>Dienststelle für Arbeitnehmerschutz</b>	Auflösung der Rekurskommission in Sachen Arbeitslosigkeit Neudefinition der Standards im Bereich der Kontrollen
<b>Subventionierung der Sozialversicherungen</b>	Prüfung einer eventuellen Beteiligung der Gemeinden an den Familienzulagen der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer, Nicht-Erwerbstätigen und allein Erziehenden; an den Familienzulagen der selbstständigerwerbenden Landwirte; an den Familienzulagen des Bundes (Landwirte)
<b>Dienststelle für Energie Dienststelle für Wasserkraft</b>	Fusion der beiden Dienststellen
<b>Verwaltungs- und Rechtsdienst DEKS</b>	Schaffung von attraktiven Zentren im Zusammenhang mit "Wallis-Universitäten" (z.B. 3 Zentren: Oberwallis, Mittelwallis, Unterwallis) Prüfung des Systems bei den Stipendien und Ausbildungsdarlehen Anbindung des Kulturbeauftragten an eine zu schaffende Dienststelle für Kultur
<b>Kantonale Dienststelle für die Jugend</b>	Schaffung eines dienststellen- und departementsübergreifenden Pools für das administrative Controlling der subventionierten Institutionen

Realisierung des Projekts *Institutionen 2006+*

**Dienststelle für  
tertiäre Bildung**

Eingehende Analyse der tertiären Bildung und Neudefinition des Bildungsangebots (Studienrichtungen HEVs, FH-GS, PH, Tourismusfachschule, subventionierte Schulen...)  
Eingehende Analyse des Sektors „Forschung und Entwicklung im Bereich des Ausbildungssystems“

**Dienststelle für  
Unterrichtswesen**

Systemänderung bei der Berechnung der Anteile der Gemeinden, um diese mehr in die Verantwortung einzubeziehen (Einführung einer Pauschalsubvention pro Schüler / Stufe...), Vereinfachung der Finanzströme zwischen Kanton und Gemeinden etc.  
Neudefinition des Bildungswegs für die gymnasiale Maturität  
Gleichbehandlung  
Schaffung einer gemeinsamen Direktion für die Kollegien von Sitten (1 Kollegium, 2 Standorte)

**Dienststelle für  
Berufsbildung**

Begrenzung der Berufsberatung auf das gesetzliche Minimum  
Einführung von branchenweisen gemeinsamen Kursen

**Mediathek, Archive,  
Museen**

Schaffung einer Dienststelle für Kultur

**Verwaltungs- und  
Rechtsdienst DVIS**

Schaffung eines einzigen Rechtsdienstes innerhalb des DVIS  
Kantonalisierung der Betreibungs- und Konkursämter  
Infragestellung der ständigen Sekretariate der Regierungskonferenzen (allgemein, nicht nur auf diesen Dienst bezogen)  
Neudefinition der Aufgaben des Gleichstellungsbüros

**Dienststelle für  
Strassenverkehr und  
Schifffahrt**

Umwandlung der Dienststelle in eine selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt

**Dienststelle für Jagd,  
Fischerei und  
Wildtiere**

Selbstfinanzierung der Dienststelle

**Kantonspolizei**

Prüfung der Bestände des Polizeikorps und des administrativen Personals  
Maximierung der Synergien mit den Gemeindepolizeien

**Dienststelle für  
innere  
Angelegenheiten**

Schaffung eines einzigen Rechtsdienstes innerhalb des DVIS

<b><i>Dienststelle für Raumplanung</i></b>	Prüfung einer eventuellen Zusammenlegung mit anderen Dienststellen (z.B. Leistung "grenzüberschreitende raumplanerische Zusammenarbeit", "Landinformationssystem" etc.)
<b><i>Dienststelle für Tourismus und Regionalentwicklung</i></b>	Zusammenfassung der Direktion für Wirtschaftsentwicklung und des Delegierten für Wirtschaftsfragen unter dem Dach der DTORE Verringerung der Anzahl sozio-ökonomischer Regionen Klärung der Beziehung Staat / Autobahnraststätte Martigny
<b><i>Dienststelle für Verkehrsfragen</i></b>	Neudefinition des Angebots im öffentlichen Verkehr (Doppelspurigkeiten eliminieren, Prüfung der Verbindungen, die ausschliesslich vom Kanton subventioniert werden etc.)
<b><i>Dienststelle für Strassen- und Flussbau</i></b>	Neudefinition des Strassennetzes (Umklassierungen von Strassen) Vorwegnahme der Personalreduktion bei den Nationalstrassen
<b><i>Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie</i></b>	Verkauf der unbenutzten Gebäude
<b><i>Dienststelle für Umweltschutz</i></b>	Neubeurteilung der Zeitabstände gewisser Kontrollen
<b><i>Kantonslaboratorium</i></b>	Selbstkontrolle der Weinlese durch den Berufsverband